



Eva Köhr:

Verfechterin für engagierte Jugendarbeit

Die stellvertretende Landrätin im Kreis Mühldorf kann auf 25 Jahre erfolgreiche Geschäftsführertätigkeit beim Kreisjugendring blicken. **Seite 14**



Linda Plappert-Metz:

Note eins für Binsfelder Bürger

Freude über den ersten Spatenstich für den Neubau des Feuerwehrhauses bei der Arnsteiner Bürgermeisterin. Dies sei „gelebte Bürgergesellschaft“. **Seite 8**



Angelika Poth-Mögele:

Vielversprechender Neuanfang in Brüssel

Die bisherige Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen wechselte als „head of policy“ zum Rat der Gemeinden und Regionen. **Seite 2**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 4. März 2004

55. Jahrgang / Nummer 5

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu:

Bund bremst Wachstum der Wirtschaft

Minister sieht Deindustrialisierung

Die Bundesregierung behindert nach Ansicht von Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu „mit ihrer ziellosen und widersprüchlichen Wirtschaftspolitik“ das mögliche Wirtschaftswachstum in Bayern.

Zwar hat der Freistaat im Vergleich mit den übrigen Bundesländern im vergangenen Jahr noch relativ gut abgeschnitten, doch ist der Minister alles andere als zufrieden: „Das Land ist hinter seinen Wachstumsmöglichkeiten zurückgeblieben.“ Zwar

werde sich 2004 nach allen Prognosen die deutsche Konjunktur dank der Belebung der Weltwirtschaft etwas erholen, „aber der Aufschwung ist noch längst nicht gesichert“, so der Minister in der Jahrespressekonferenz des bayerischen Wirtschaftsministeriums. Deutschland habe es nach Darstellung des bayerischen Wirtschaftsministers mit einer schleichenden Deindustrialisierung zu tun.

Wachstumsvorsprung durch hohen Exportanteil

Immerhin sieht Wiesheu „gute Chancen, dass Bayern auf Grund seines hohen Exportanteils und der wettbewerbsfähigen Güterpalette im Bundesvergleich neuerlich einen Wachstumsvor- (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Bürgermeisterketten der Gemeinden aus dem Landkreis München zeigte eine Fotoausstellung im „Kulturellen Gebäude“ in Aschheim, die anlässlich der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes des Bayerischen Gemeindetages eröffnet wurde. „Eine derartige Ausstellung ist einmalig in Bayern“, versicherte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. Die Schau berichtete über die in den Gemeinden des Landkreises München vorhandenen Bürgermeisteramtsketten, beschreibt sie und erläuterte wie es zu deren Beschaffung kam. Unser Bild zeigt (jeweils v. n. r.) oberste Reihe: Bürgermeister Schwarz, Unterföhring; Bürgermeister Friedmann, Planegg; Bürgermeister Dr. Detig, Pullach; Bürgermeister Kellermeier, Putzbrunn; Bürgermeister Gigl, Sauerlach; Bürgermeister Dr. Ruhdorfer, Schäftlarn; Bürgermeister Dr. Brandl, Straßlach-Dingharting; Bürgermeister Kalinowski, Taufkirchen; Bürgermeisterin Weiß, Neuried; 2. Reihe: Bürgermeister Baumann, Feldkirchen; Bürgermeister Göbel, Gräfelfing; Bürgermeister Bußjäger, Grasbrunn; Bürgermeister Neusiedl, Grünwald; Bürgermeister Dworzak, Haar; Bürgermeister Zannoth, Hohenbrunn; Bürgermeisterin Mayer, Höhenkirchen-Siegertsbrunn; Bürgermeister Seldmair, Ismaning; Bürgermeister Hilger, Kirchheim; Bürgermeisterin Rumschöttel, Neubiberg; Vorderste Reihe: Bürgermeister Kern, Brunnthal; Bürgermeisterin Kammermeier, Baierbrunn; Bürgermeister Eichler, Aying; Bürgermeisterin Zielger, Oberschleißheim; Dr. Uwe Brandl, Bürgermeister von Abensberg (LK Kelheim) und Präsident des Bayerischen Gemeindetags; Bürgermeister Englmann, Aschheim, Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags; Bürgermeister Solbrig, Garching; Bürgermeister Schelle, Oberhaching; Bürgermeister Zeitler, Unterschleißheim; Bürgermeister Dr. Knapke, Unterhaching (entschuldigt: Bürgermeisterin Prof. Dr. Kudera aus Ottobrunn).



Die kommunale Familie trauert um den langjährigen Vizepräsidenten des Bayerischen Gemeindetags. Erich Zeitler starb als Beifahrer bei einem Unfall. Der gelernte Jurist war von 1952 bis 1990 Bürgermeister in Ismaning; von 1962 bis 1978 gehörte er zudem dem Bayerischen Landtag an. Hier fungierte er zwölf Jahre als Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. 51 Jahre gehörte er der SPD an, aber geschätzt und beliebt war der engagierte Kommunalpolitiker über alle Parteigrenzen hinweg.

Bayerischer Tourismustag 2004:

Offensive für den Wintertourismus

Wiesheu verlieh Medaille für besondere Verdienste um die bayerische Gastlichkeit

Wintertourismus in Bayern umfasst ein breites Spektrum vom Skifahren bis zum Wellness-Urlaub in allen Regionen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Wintersports bzw. des Winterurlaubs wird jedoch nicht immer auf den ersten Blick gesehen, weshalb der diesjährige Bayerische Tourismustag unter dem Motto „Offensive für den Wintertourismus“ stand.

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu erklärte bei der Eröffnung des Tourismustages, dass von den Gesamtübernachtungen in Bayern rund 40 Prozent auf die Wintersaison entfallen. Trotz schwieriger Rahmenfaktoren, angespannter Konjunktur und unglücklicher Sommerferienregelung habe der Freistaat im Jahr 2003 seine Spitzenposition als

führendes deutsches Urlaubs- und Tourismusland souverän behauptet.

22 Millionen Ankünfte

Mit rund 22 Mio. Ankünften und rund 70 Mio. Übernachtungen halte sich der Fremdenverkehr in Bayern auf hohem Niveau. Besonders erfreulich dabei

sei, dass sich seit Spätsommer 2002 die Übernachtungszahlen ausländischer Gäste in Bayern wieder positiv entwickelten. Dieser Trend setzte sich auch 2003 fort mit einem Plus von 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Wettbewerbsnachteile

In punkto Wintertourismus hat das Wirtschaftsministerium laut Wiesheu im vergangenen Jahr eine vom deutschen Seilbahnverband in Auftrag gegebene Studie unterstützt. Die Untersuchung zeigte u.a., dass die wirtschaftliche Bedeutung des Wintertourismus insgesamt und der Bergbahnen und Schlepplifte im besonderen oft unterschätzt wird. Die Studie hat auch deutlich gemacht, dass die bayerischen Anbieter in einigen Punkten mit Wettbewerbsnachteilen gegenüber der Konkurrenz in den angrenzenden Alpenländern zu kämpfen haben, angefangen bei der Umsatzbesteuerung über erschwerte staatliche Fördermöglichkeiten bis zu teils restriktiven Genehmigungsverfahren vor allem für Beschneigungsanlagen.

Staatsregierung hilft

Wiesheu zufolge unternimmt die Bayerische Staatsregierung „alles, um diese Wettbewerbsnachteile abzubauen“. Vor kurzem habe das bayerische Kabinett festgestellt, dass die Genehmigungspraxis für Beschneigungsanlagen wesentlich flexibilisiert und vereinfacht werden könne. Auch belegten neueste Auswer-

tungen von Langzeitstudien durch das Landesamt für Umweltschutz, dass sich für die meisten beschneiten Pisten keine gravierenden Auswirkungen auf die Vegetation feststellen lassen. Ein Abbau ökologischer Standards wäre mit einer Lockerung der Genehmigungspraxis nicht verbunden, so Wiesheu.

Klare Positionierung

Gerade in der Vielfalt der Wintertourismusaktivitäten lägen die Chancen für die bayerischen Skigebiete, sich klar im Markt zu positionieren und gegenüber Wettbewerbern abzugrenzen, sagte der Minister. Gute, ausbaufähige Potenziale für Bayern lägen insbesondere im Bereich des sanften Wintertourismus mit Angeboten wie Skilanglauf, Skiwandern, Tourenskilauf, Schneeschuhwandern, Winterwandern, Rodeln, Eislauf, Pferdeschlittensfahren, Wellness und Kultur. (Fortsetzung auf Seite 4)



Seinen ganz persönlichen Sanierungsplan für die marode Republik hat Hajo Klein entwickelt: die Hurensteuer! Die Quelle seiner Inspiration ist in zwei großen deutschen Städten zu suchen, was die Vorzimmerperle folgenden Kalenderblattspruch zitieren ließ: „Steuern eintreiben heißt, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viele Federn mit möglichst wenig Gezi-sche bekommt.“ **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Beckstein fordert Investitionen beim Straßenbau

„Der Ausfall der Mauteinnahmen darf nicht zu einem Rückgang der dringend notwendigen Investitionen beim Straßenbau führen“, forderte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Sonderkonferenz der Verkehrsminister der Länder. „Die bundesweit verhängte Haushaltssperre für Straße und Schiene in Höhe von 1.060 Millionen Euro, von der allein in Bayern die Bundesfernstraßen mit 83 Millionen Euro betroffen sind, muss der Bund sofort aufheben. Nur so kann sichergestellt werden, dass bereits laufende Maßnahmen im Straßenbau nicht eingestellt werden müssen und neue Projekte 2004 begonnen werden können“. Mehr zum Thema Verkehr auf den Seiten 10/11.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
G8 wird allen Bedürfnissen gerecht	2
Steuerzahlerbund: „Bezirke abschaffen!“	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Regierung muss funktionsfähiges Mautsystem einführen	3
One-Stop-Agency nun auch in der Landwirtschaft	3
Post macht Druck	4
GZ-Fachthemen: Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen	6 - 9
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	10/11
Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Kultusministerin Monika Hohlmeier:

G8 wird Bedürfnissen von Schülern, Eltern und Lehrkräften gerecht

Nach der Grundsatzentscheidung der CSU-Landtagsfraktion hat Kultusministerin Monika Hohlmeier dem Kabinett den Gesetzentwurf zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums vorgestellt. Im nächsten Schritt wird nun der Entwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen allen betroffenen Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet. Gleichzeitig wird das im Zusammenhang mit dem Konnexitätsprinzip vorgeschriebene Konsultationsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt.

„Unsere Planungen für das neue achtjährige Gymnasium sind voll im Zeitplan und stehen auf gesicherten Füßen. Das gilt sowohl für die Finanzierung als auch für das Rahmenkonzept. Ich bin überzeugt, dass die G8 den Bedürfnissen von Lehrkräften, Eltern und Schülern gerecht wird“, erklärte die Ministerin.

Intensivierungsstunden

Das G8 werde eine moderne Schule bayerischer Prägung, die

wesentliche Erkenntnisse der PISA-Studie umsetze. Beispielsweise ermöglichen die 14 Intensivierungsstunden in den Jahrgangsstufen 5 mit 10 eine individuellere Förderung von leistungsschwächeren, aber auch von besonders begabten Schülern in halber Klassenstärke. Sie dienen auch der Wiederholung, Übung und Sicherung erlernter Inhalte und Kompetenzen und festigen somit die fachliche und pädagogische Qualität des Gymnasiums. „Die Intensivierungs-

stunden sind ein wichtiges Markenzeichen des neuen bayerischen G8. Auch deutschlandweit sucht dieses Angebot seinesgleichen“, betonte die Ministerin. Die Einführung des Faches Natur und Technik in den Jahrgangsstufen 5 mit 7 werde zu einer Stärkung der naturwissenschaftlichen Bildung führen. Mit der beabsichtigten Straffung des Lehrplans könne darüber hinaus eine Konzentration auf die Vermittlung von Basiswissen sowie das Üben, Wiederholen und Vertiefen erfolgen.

Dialogveranstaltungen

In die nun vorliegende Konzeption für das G8 seien bereits Wünsche und Forderungen ein-

gearbeitet worden, die Lehrkräfte, Eltern und Schüler bei den bayernweiten Dialogveranstaltungen zum G8 geäußert hätten. „Viele Teilnehmer der Dialogveranstaltungen haben erkannt, dass trotz erster Vorbehalte das G8 große Chancen für eine Neugestaltung des Lehrens und Lernens am Gymnasium beinhaltet. Wir nehmen ihre Hinweise und Anregungen gerade bei der Ausgestaltung der Stundentafeln sehr ernst. Die Dialogveranstaltungen werden bis Ende März fortgeführt“, erklärte die Ministerin.

Entlastung

So seien die Fächer Deutsch und Mathematik in der Mittelstufe gestärkt worden. Zudem habe man den Stundenumfang in einzelnen Jahrgangsstufen reduziert. „Die Fünftklässler werden wie bereits jetzt nur den erweiterten Sportunterricht in der 7. Stunde haben. In der Jahrgangsstufe 6 gibt es nur an einem

Nachmittag, in der Jahrgangsstufe 10 nur an zwei Nachmittagen Unterricht. Damit haben wir eine vor allem von Eltern gewünschte Entlastung herbeigeführt“, sagte Hohlmeier.

Auch bei der weiteren Ausgestaltung des G8 würden die Vorschläge von Lehrkräften, Eltern und Schülern berücksichtigt. Dies gelte vor allem für die Lehrplanarbeit: Ende April werde man die Lehrplänenwürfe für die Jahrgangsstufen 5 mit 7 im Internet zur Diskussion stellen.

Mit der Entscheidung, die jetzigen Fünftklässler mit in das achtjährige Gymnasium aufzunehmen, profitierten auch diese Schülerinnen und Schüler vom Angebot der Intensivierungsstunden. Darüber hinaus könne Bayern seinen doppelten Abiturientenjahrgang nun bereits im Jahr 2011 vom Gymnasium verabschieden - also ein Jahr früher als z. B. das bevölkerungsreiche Nachbarland Baden-Württemberg oder auch Niedersachsen. ☞

§ GZ Rund ums Recht §

Kein Anspruch auf Heimarbeit bei Beamten

Bei Beamten ist es nicht unerleidi, ob sie ihre Akten im Büro oder zu Hause lesen. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz (Az.: 2 A 11099/03) auf die Klage einer Beamtin festgestellt, die von ihrem Dienstherrn die Bewilligung von Heimarbeit an zwei Tagen in der Woche erzwingen wollte. Die Beamtin nannte familiäre Rücksichten für Ihren Antrag, der Dienstherr lehnte ihn aus dienstlichen Gründen ab. Zu Recht, so die Koblenzer Richter. Auch wenn die Arbeit eines Beamten überwiegend aus Aktstudium und Schreibearbeit bestehe, ergäbe sich daraus nicht automatisch ein Anspruch auf Heimarbeit. Die Heimarbeit müsse vielmehr auch im dienstlichen Interesse liegen und der Arbeitsplatz des Bediensteten dafür geeignet sein. Familiäre Bedürfnisse könnten auch durch Teilzeitbeschäftigungen und Gleitzeitregelungen berücksichtigt werden.

Niveaunterschied erlaubt

Hart gelandet ist ein Fußgänger vor dem Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt (Az.: 1 U 45/01). Er klagte auf Schadensersatz, weil er auf einem Gehweg gestürzt war, dessen Bodenplatten einen Niveaunterschied von bis zu zwei Zentimetern aufwiesen. Das muss toleriert werden, so die Richter als sie die Klage abwiesen. Bleibt nur, künftig die Augen offen zu halten.

Theorie versus Praxis

Die theoretische Möglichkeit, dass eine bestimmte Fläche auf dem Gebiet einer Gemeinde in Zukunft als Baugebiet ausgewiesen werden könnte reicht nicht aus, die Errichtung von Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Nachbargemeinde zu verhindern. Das Verwaltungsgericht (VG) Trier (Az.: 5 K 507/03) stellt dazu fest: Die kommunale Planungshoheit wäre nur dann möglicherweise verletzt, wenn bereits konkrete Planungen über Art und Umfang einer künftigen Bebauung vorlägen, die durch die Nachbarschaft eines Windparks durchkreuzt würden. mpa

Stewens zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe:

Entlastung der Kommunen

Arbeitsministerin Christa Stewens hat den Kommunen Unterstützung bei der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes zugesagt. Die Kommunen befürchten, bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe statt der von der Bundesregierung versprochenen Milliardenentlastung Mehrkosten hinnehmen zu müssen. In Bayern wird die Datenlage jetzt zügig, aber gründlich geprüft. Sollten sich danach die Befürchtungen der Kommunen bewahrheiten, kündigte Bayerns Arbeitsministerin Christa Stewens gesetzliche Nachbesserungen an.

„Die Bundesregierung hat nach den schweren Rechenfehlern beim Vorziehen der Steuerreform möglicherweise auch bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe dem Vermittlungsausschuss fragwürdiges Prognose- und Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt“, erklärte Stewens. Bundeskanzler Schröder hatte in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 den Kommunen bei der Zusammenlegung von Arbeitslo-

sen- und Sozialhilfe Entlastungen in Milliardenhöhe versprochen. Schon vor der Entscheidung im Vermittlungsausschuss reduzierte die Bundesregierung ihr Versprechen auf lediglich 500 Millionen Euro. Jetzt befürchten die Kommunen bei der Umsetzung des Gesetzes sogar erhebliche Mehrkosten. Allein bei der Landeshauptstadt München geht man nach ersten Berechnungen von zusätzlichen Belastungen von rund 70 Millionen Euro aus.

Gesetz nachbessern

Um endlich eine seriöse Datengrundlage zu erhalten, hat die Ministerin nach den ersten Hinweisen aus den Kommunen die bayerischen kommunalen Spitzenverbände gebeten, in den jeweiligen Landkreisen und kreis-

freien Städte anhand der dort vorhandenen konkreten Zahlen Ent- und Belastungen durch die Gesetzesänderung zu berechnen. Stewens: „Sollte sich herausstellen, dass die Bundesregierung auch bei Hartz IV falsches Zahlenmaterial zu Lasten unserer Städte und Kommunen zugrunde gelegt hat, muss das Gesetz noch vor seinem Inkrafttreten am 1. Januar 2005 geändert werden.“

Die Arbeitslosenhilfe wird derzeit vom Bund bezahlt. Die Kommunen leisten Sozialhilfe und Grundsicherung für nicht Erwerbsfähige und Erwerbsfähige, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird nun, einem Vorschlag des Deutschen Städtetags folgend, eine neue Aufgabenteilung vorgenommen. Ab 1. Januar 2005 übernimmt die Arbeitsverwaltung die Regelleistung für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger (sog. Arbeitslosengeld II). Die Kommunen tragen die Unterkunftskosten für alle bisherigen Arbeitslosenhilfebezieher und für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger. ☞

Direkter Draht für optimalen Service

Stoiber gibt Startschuss für neue Servicestelle

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber gab den offiziellen Startschuss für die neue gemeinsame Servicestelle der Staatsregierung. Unter der einheitlichen Servicenummer 01801-201010 und der E-Mail Adresse direkt@bayern.de ist die Staatsregierung ab sofort von Montag bis Freitag von jeweils 8 bis 18 Uhr für die Bürger erreichbar. Mitarbeiter aus der Staatskanzlei und den Ministerien stehen den Bürgerinnen und Bürgern als zentrale Anlaufstelle zur Verfügung.

Stoiber: „Mit dem direkten Draht zur Staatsregierung wollen wir für Bürger und Wirtschaft optimalen Service beim Umgang mit Behörden und top-aktuelle Informationen bieten. Call-Center-Technologie, eMail und Internet sollen effizient eingesetzt werden, um einfacher, schneller und direkter mit den Bürgern zu kommunizieren. Diese ressortübergreifende Dienstleistung ist ein wichtiger Baustein unserer Modernisierungsstrategie für die bayerische Verwaltung.“

Mit Bayern Direkt bündelt die Staatsregierung zum ersten Mal das Fachwissen der Ressorts in einer zentralen Anlauf- und Informationsstelle. Die Mitarbeiter der Servicestelle haben Zugriff auf eine umfangreiche Datenbank mit Informationen, Dokumenten und Quellen aus allen Bereichen der Staatsregierung. Die Servicestelle wird auch die schnelle und effiziente Bereitstellung von Informationsmaterial und Broschüren für alle Ressorts der Staatsregierung übernehmen. ☞

Bund der Steuerzahler fordert:

Bezirke abschaffen!

Höhere Bezirksumlage ein neuer Anlass

Den Streit ums Geld, der wieder einmal für Krach in der „Kommunal-Familie“ Sorge, sollte - so der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhau - Anlass dafür sein, ernsthaft die Abschaffung der Bezirke als kommunale Ebene zu prüfen. Dadurch ergebe sich auch unter Einbeziehung der notwendigen Verlagerungseffekte der Aufgabenbereiche dieser Selbstverwaltungsebene ein erhebliches Einsparpotential.

Die beste Begründung, diese durch den Bund der Steuerzahler seit langem geforderte Sparmaßnahme - die Abschaffung der Bezirke - umzusetzen, ergebe sich auch aus der Kritik des Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl und des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetages, Josef Deimer, an dem nicht nachvollziehbaren Finanzgebaren der Bezirke, die in ihrer Mehrzahl bereits beschlossen hätten, die Bezirksumlage zu erhöhen.

In einer Zeit, in der viele Gemeinden pleite sind, sei diese Belastungsverschärfung durch die Bezirke besonders rücksichtslos. Wenn der Präsident des Verbandes der Bezirke, Manfred Hölzlein feststelle, die Bezirke seien finanziell nicht mehr handlungsfähig, dann seien daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Bayern brauche keine Bezirke, sie seien so unnötig wie ein Kropf. Von Hohenhau zeigte sich überzeugt, dass die Abschaffung der Bezirke so unspektakulär vor sich gehen werde, wie die Abschaffung des Senats. Der Präsident prophezeite, dass weder die Bürger irgendeine Auswirkung durch die Abschaffung der Bezirke spüren würden, noch werde irgend jemand dieser kommunalen Ebene eine Träne nachweinen.

Der Bund der Steuerzahler habe die Spar- und Reformmaßnahmen von Ministerpräsident Stoiber ohne Wenn und Aber unterstützt. Jetzt müsse mit der Abschaffung der Bezirke ein weiterer wichtiger Akzent gesetzt werden, bevor dieser Schritt durch ein Volksbegehren vollzogen werde. ☞

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Wiedemann
86480 Aletshausen
am 14.3.

Bürgermeister Franz Pichlmeier
84326 Falkenberg-Zell
am 17.3.

Bürgermeister Dominikus Weiß
82398 Polling
am 17.3.

Bürgermeister Paul Straub
88145 Opfenbach
am 19.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Pfluger
85604 Zorneding
am 8.3.

Bürgermeister Günther Hoppert
95497 Goldkronach
am 16.3.

Bürgermeister Georg Rammelsberger
83137 Schonstett
am 19.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Nefele
82281 Egenhofen
am 10.3.

Bürgermeister Armin Gerl
93104 Riekofen
am 10.3.

Bürgermeister Klaus Köhle
91589 Aurach
am 12.3.

Bürgermeister Josef Fischer
86850 Fischach
am 16.3.

Bürgermeister Ludwig Günther
91443 Scheinfeld
am 16.3.

Bürgermeister Hans Taglang
89441 Medlingen
am 19.3.

Bürgermeister Walter Lehner
95680 Bad Alexanderbad
am 19.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Emil Kötzel
91605 Gallmertsarten
am 11.3.

Bürgermeister Silvester Enzinger
83454 Anger
am 13.3.

Bürgermeister Friedrich Amler
91791 Burgsalach
am 14.3.

Bürgermeister Josef Demar
97633 Großbardorf
am 18.3.

Bürgermeister Josef Klingl
86919 Utting a. Ammersee
am 18.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Rößle
86609 Donauwörth
am 16.3.

Eberhard Sinner zum 3. Kohäsionsbericht der EU-Kommission:

Konzentrieren statt Spendieren!

Europaminister kritisiert Brüsseler Füllhornmentalität

Bayerns Europaminister Eberhard Sinner hat die im 3. Kohäsionsbericht niedergelegten Vorstellungen der Kommission zur künftigen EU-Strukturpolitik scharf kritisiert.

„Das Raumschiff ‚Kommission‘ hat mal wieder abgehoben. Die Kommission will für die EU-Strukturpolitik der erweiterten Gemeinschaft in der nächsten Förderperiode 336 Milliarden Euro, das heißt rund 1/3 des EU-Haushalts ausgeben. Dies

Förderung in den bisherigen Mitgliedstaaten weitgehend unverändert fortzuführen und den Bedarf der Beitrittsstaaten lediglich „draufzusatteln“, hätte sie Prioritäten setzen müssen. Die Mittel müssten richtigerweise konzentriert werden auf die

Nachstelle zwischen den alten Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern - wie etwa die bayerischen Grenzregionen - haben laut Sinner die Hauptanpassungslast der EU-Osterweiterung zu tragen: Sie bekommen den verschärften Wettbewerb mit den Beitrittskandidaten am härtesten zu spüren. Denn ihre Nachbarn im Osten haben extrem niedrige Löhne und Steuern, erhalten zugleich aber die höchste EU-Förderung. Sinner: „Da die daraus resultierenden Probleme entscheidend durch die EU-Erweiterung verursacht werden, ist ihre Bewältigung nicht nur Sache des Freistaates, sondern eine echte europäische Aufgabe. Deshalb müssen die Grenzregionen zu den Beitrittsstaaten auch künftig von der EU als eigenständiges Fördergebiet außerhalb von Ziel-1 gefördert werden.“ Gefördert werden sollten insbesondere Maßnahmen bei Verkehrsinfrastruktur, Umwelt, kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Qualifizierung in Beruf und Ausbildung.

Mehr Freiraum schaffen

Beihilferechtlich würden die Pläne der Kommission eher zu einer Verringerung als zu einer Ausweitung der Spielräume für eine eigenständige Regionalpolitik außerhalb von Ziel-1 führen. Sinner: „Vor dem Hintergrund wegfallender EU-Fördermittel ist das nicht akzeptabel. Die national und vor allem die bayerische Regionalpolitik dürfen nicht durch immer mehr Bürokratie, Kontrolle und Förderverbote seitens der EU-Kommission behindert werden. Statt dessen muss die EU mehr Freiraum für eine eigenständige regionale Strukturpolitik mit nationalen Mitteln schaffen, wie dies die Staatsregierung seit langem fordert.“

Eliten

In dem Projekt „Lokale politisch-administrative Eliten“ werden nach diesen Angaben Funktionsträger in Politik und Verwaltung in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen zu ihrem Karriere- und Lebensverlauf befragt. Außerdem werden Bürger zu ihrem politischen Selbstverständnis und zu kommunaler Politik und Verwaltung interviewt. Die Erhebungen werden in den Städten Köln, Halle, Jülich, Dessau und im Oberbergischen sowie dem Saalkreis durchgeführt. Ziel ist es, Besonderheiten und Ähnlichkeiten in den Karrieremustern ostdeutscher und westdeutscher Kommunalpolitiker sowie von Kommunalbeamten auf Zeit zu erforschen. In der ersten Befragungswelle äußerten sich diesen Angaben zufolge über 2.000 Bürger und 138 Mandats- und Funktionsträger. **KK/AP**

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

bedeutet einen Anstieg um 32 %. Das kann nicht angehen“, erklärte der Minister.

Mit dem vorhandenen Geld auskommen

Die Kommission solle endlich zur Kenntnis nehmen dass sich die Zeiten, in denen die Europäische Union ein Füllhorn über die Regionen ausschütten konnte, seit langem vorüber sind. Angesichts der stark belasteten Haushalte könnten die Nettozahlerländer nicht nennenswert mehr Geld in die Brüsseler Kassen überweisen. Das gelte vor allem für Deutschland. „Wir tragen mit jährlich 22 Milliarden Euro schon heute rund ein Viertel des EU-Haushalts und können keinesfalls mehr bezahlen“, so Sinner. Die EU müsse lernen, mit den Geldern auszukommen, die sie hat. Das bedeute: Anstatt die

strukturschwächsten Regionen und auf Maßnahmen mit besonderem europäischem Mehrwert, wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit oder die Förderung der Grenzregionen zu den Beitrittsstaaten.“

Härten in Grenzregionen

Völlig unzureichend ist laut Sinner die vorgeschlagene Förderung der Grenzregionen zu den Beitrittsstaaten nur bei Erfüllung der allgemeinen sozio-ökonomischen Kriterien (z.B. hoher Arbeitslosigkeit) bzw. im Rahmen der territorialen Zusammenarbeit: „Man darf mit der Förderung nicht warten, bis sich die wirtschaftliche Situation in diesen Gebieten massiv verschlechtert hat. Hier müssen die Härten durch die EU-Osterweiterung rechtzeitig abgedefiniert werden.“ Die Regionen an der

Kommunalpolitiker in Ost und West:

Auffallende Ähnlichkeiten

Ergebnisse einer Studie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Halle. Die Kommunalpolitiker im Osten und Westen Deutschlands werden sich knapp 15 Jahre nach der Wiedervereinigung immer ähnlicher. Das ist ein erstes Teilergebnis einer Studie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen, die das Institut für Soziologie vorstellt. So seien Bildungsniveau, soziale und politische Herkunft der Kommunalpolitiker in Ost und West bereits nahezu angeglichen.

Auffällig sei, dass sich Karrieremuster und -verläufe in Ost- und Westdeutschland in einigen Bereichen angepasst hätten, in anderen jedoch entgegengesetzte Entwicklungen aufwiesen. So

sei der hohe Anteil von Naturwissenschaftlern, Medizinern und Technikern in den so genannten Lokaleliten in Ostdeutschland stark zurückgegangen. Gleichzeitig habe in westdeutschen Kommunen der Anteil der aus technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Berufen stammenden Kommunalpolitiker jedoch zugenommen. Hier bewegten sich Karrieremuster in Ost und West aufeinander zu, hieß es.

Karrieremuster

Eindeutig angepasst hätten sich ostdeutsche Karrieremuster an das Westniveau beim Auswahlkriterium Parteimitgliedschaft: Während die Parteimitgliedschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung zur Auswahl für eine hohe Position unbedeutend gewesen sei, komme ihr heute auch dort ein hoher Stellenwert zu, erläuterten die Forscher.

Ein vor allem in Westdeutschland herrschendes Vorurteil werde durch die Studie eindrucksvoll widerlegt, hieß es weiter: Die Ostdeutschen messen den demokratischen Institutionen wie Meinungsfreiheit oder der

Alcopops:

Neue Suchtgefahr

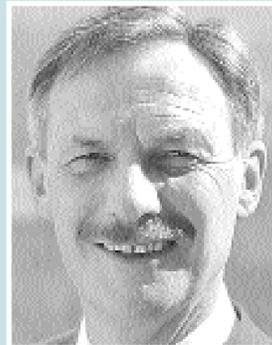
Alcopops sind süße alkoholische Mixgetränke mit Rum, Wodka oder Tequila. Die Verbraucherzentrale befürchtet, dass sich diese Getränke zur neuen Einstiegsdroge für Alkoholsucht bei Kindern und Jugendlichen entwickelt. Um die Minderjährigen zu schützen seien abgestimmte europaweite Maßnahmen erforderlich. Wenn in Deutschland Alcopops zu teuer werden, ist der Weg von Bayern nach Österreich nicht weit.

Obwohl Alcopops erst an Personen ab 18 Jahren abgegeben werden dürfen, ist es für Jugendliche oft kein Problem, sie einzukaufen. Notwendig sei es daher, die Einhaltung des Verkaufsverbots stärker zu kontrollieren und ein Werbeverbot zu erlassen.

GZ

Kolumne
Luitpold Braun

Größe besser



der Streit um die Einführung der Autobahnmaut, um die Firma Toll Collect also, hat sich immer mehr zum „Tollhaus“ entwickelt!

Die Kündigung des Vertrages kam viel zu spät. Und ob mit deren Rücknahme die Probleme gelöst sind, wird sich zeigen. Längst lacht in Deutschland und um uns herum niemand mehr über dieses jämmerliche Theater, jeder schüttelt nur noch verständnislos

Die Bundesregierung muss endlich ein funktionsfähiges Mautsystem einführen

den Kopf. Nach der neuerlichen Einigung mit Bundeskanzler und Verkehrsminister baut das Toll Collect-Konsortium nun weiter.

Die Sache wäre für uns Bürger nur halb so schlimm, wenn sie nicht fatale Auswirkungen hätte. Die gewaltigen Einnahmeverluste des Bundes führen nämlich dazu, dass dringend notwendige Straßen- und Schienenprojekte zurückgestellt werden müssen.

Die Mitgliederzeitung des ADAC, die „Mo-

torwelt“ brachte es jüngst an den Tag: Einer Meldung zufolge sollen 70 Projekte in diesem Jahr gestrichen werden!

Dabei ist es für uns besonders unangenehm, dass auch entscheidende Ausbauprojekte in Bayern betroffen sind. Die Fertigstellung der Westumfahrung Münchens gehört ebenso dazu, wie die A 7 Nesselwang-Füssen. Der Ausbau der A 8 von Augsburg-West nach Darching wäre betroffen und der Neubau der A 6 Amberg/Ost zum Autobahnkreuz Pfreimd.

Dies sind nur einige Beispiele. Es bleibt nur zu hoffen, dass die jetzt erfolgte Einigung nicht erneut ein zahloser Tiger ist.

Es ist dringend notwendig, dass für die verlorene Zeit die veranschlagten Mittel durch Vignetten oder ein anderes Mautsystem in die Bundeskasse kommen. Vielleicht kann man sich ja auch ein Vorbild an Österreich nehmen und ein System einführen, das funktioniert.

Die Mitgliederzeitung des ADAC, die „Mo-

Superminister Erwin Huber:

One-Stop-Agency nun auch in der Landwirtschaft

Vollzug von Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramm vereinfacht
Landwirte erhalten einheitlichen Ansprechpartner für beide Förderprogramme

Für zwei große Programme zur Förderung von Umwelteinstellungen steht Bayerns Landwirten künftig ein einheitlicher Ansprechpartner zur Verfügung. Ab Januar 2005 sind die Landwirtschaftsämter sowohl für das Kulturlandschaftsprogramm als auch für Förderungen nach dem Vertragsnaturschutzprogramm zuständig. „Damit schaffen wir in einem für die bayerische Landwirtschaft wichtigen Bereich eine echte One-Stop-Agency. Gleichzeitig können wir mit dieser Verwaltungsvereinfachung Synergieeffekte im staatlichen Förderwesen erschließen“, erklärte Bayerns Verwaltungsreformminister Erwin Huber.

Das 1988 eingeführte Bayerische Kulturlandschaftsprogramm ist eines der bedeutendsten Agrarumweltprogramme in Europa. Mit den jährlich rund 180 Millionen Euro Fördergeldern werden die Leistungen der Landwirte für die Sanierung, Erhaltung, Pflege und Gestaltung der bäuerlichen Kulturlandschaft honoriert. Inzwischen nehmen über 80.000 Landwirte mit nahezu 1,6 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche an diesem Programm teil. Neben der Förderung allgemeiner landschaftspflegerischer und ökologischer Leistungen dient das Programm unter anderem dem Schutz des Grundwassers und dem Erhalt der charakteristischen Almen und Alpen in den Bergen.

Naturschonende Bewirtschaftungsweisen

Im Rahmen des Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramms schließen die Landwirte mit dem Freistaat freiwillige Vereinbarungen über naturschonende Bewirtschaftungsweisen und Pflegemaßnahmen. Schwerpunkte bilden besonders geschützte oder schutzwürdige Gebiete. Das Programm hat ein Gesamtvolumen von rund 23 Millionen Euro pro Jahr.

Noch getrennter Vollzug

Gegenwärtig ist der Vollzug für beide Programme noch getrennt. Anträge auf Förderung aus dem Kulturlandschaftsprogramm nehmen die Landwirtschaftsämter entgegen. Für den Vollzug des Vertragsnaturschutzprogramms sind dagegen die Unteren Naturschutzbehörden bei den Landratsämtern zuständig.

tenz für den Vertragsnaturschutz bleibt im Umweltministerium. Ebenso findet weiterhin eine fachliche Prüfung der Anträge durch die Untere Naturschutzbehörde statt.

Die erforderlichen Kontrollen vor Ort führen künftig die Landwirtschaftsämter alleine durch. „Entscheidend ist, dass sich die Landwirte künftig nur noch an eine Behörde wenden müssen. Sie steht ihnen mit Rat und Tat zur Seite, wickelt den Förderantrag ab und ist vor Ort präsent. Damit haben wir die Effizienz im Förderwesen deutlich verbessert“, betonte Huber.

Stewens zur Nürnberger Familienkarte:

Vorteile für alle

Familien, Unternehmer und öffentliche Verwaltung profitieren gemeinsam

„Die Familienkarte wird unter Beweis stellen, dass Familien, Wirtschaft und die Öffentliche Verwaltung nicht nur aufeinander angewiesen sind, sondern auch voneinander profitieren können. Die Familien können die damit angebotenen Vergünstigungen, Zugaben, Geldvorteile oder Sachleistungen in Anspruch nehmen. Und Unternehmer bringen mit ihrer Beteiligung an der Karte ihre Familienfreundlichkeit zum Ausdruck und gewinnen so besonderes Kundenprofil“, erklärte Bayerns Familienministerin Christa Stewens bei der Vorstellung des Modellprojektes „Nürnberger Familienkarte“ in Nürnberg.

Mit der Ausgabe der Karten soll in Nürnberg im Frühsommer 2004 begonnen werden. Die öffentliche Hand habe dabei Gelegenheit, die Familien aktiv mit nützlichen Informationen zu versorgen und sich als Dienstleister für Familien zu präsentieren. Die Stadt Nürnberg habe sich in den vergangenen Jahren bundesweit als Kommune profiliert, die „weiß, was sie an ihren Familien hat und danach handelt“, betonte Stewens. Die Suche nach einem geeigneten Modellstandort in Bayern sei daher sehr leicht gefallen. Mit dem im Juni 2000 vom Nürnberger Stadtrat ins Leben gerufenen „Bündnis für Familien“ finde die Familienkarte gute Startchancen und in der projektbegleitenden Firma „de facto marketing“ einen kompetenten Partner, der die Familienkarte aufbauen und betreiben werde.

„Die Familienkarte ist eine Einladung an alle Familien, Dienstleister, Handelsunternehmer, Handwerker und Behörden, bei einer bundesweit einzigartigen Aktion mitzumachen“, unterstrich die Ministerin. Der Bayerische Ministerrat habe im Mai 2003 beschlossen, den Modellversuch staatlich zu fördern, weil daraus auch ein Angebot für andere Kommunen, Regionen und Unternehmen Bayerns erwachsen solle. In Nürnberg liege die Keimzelle der ‚Bayerischen Familienkarte‘, erklärte Stewens und fügte hinzu: „Die Karte lebt in hohem Maß von der Einbindung und dem Engagement der kommunalen Ebene. Sie kann nur von unten her wachsen. Wir setzen daher auf ein Konzept, das auf der freiwilligen und wachsenden Beteiligung anderer Kommunen und Regionen aufbaut.“

Bund bremst Wachstum ...

(Fortsetzung von Seite 1) sprung realisieren kann.“ Komme es so, sollte in Bayern der Arbeitsplatzabbau im Laufe des Jahres allmählich zum Stillstand kommen, sagte der Minister. Deutschland habe Wachstumschancen, wenn nicht weitere Fehler gemacht werden. Als diesbezügliche Stichwörter erwähnte Wiesheu „Tarifpolitik, Steuerbelastung, Energiepolitik und Emissionshandel“. Wachstum sei dringend nötig, denn schon bei Null-Wachstum sorge der Produktivitätsfortschritt für 1 Prozent weniger Arbeitsplätze.

Leichtes Plus in Bayern

Während das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im Jahre 2003 um 0,1 Prozent zurückgegangen ist, konnte Bayern ein leichtes Plus von 0,1 Prozent auf nominal 370,9 Mrd. Euro verbuchen. Übertroffen wurde es lediglich von Sachsen (+ 1,5 Prozent), Thüringen (+ 0,9 Prozent), Sachsen-Anhalt (+ 0,5 Prozent) und Niedersachsen (+ 0,2 Prozent). Gleichauf mit Bayern liegt Rheinland-Pfalz. Bayerns Hauptkonkurrenten unter den Bundesländern, nämlich Baden-Württemberg und Hessen (je - 0,1 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (- 0,4 Prozent) schnitten etwas schlechter ab. Im ersten Halbjahr 2003 war die bayerische Wirtschaft noch leicht um 0,1 Prozent geschrumpft. Die neuen Bundesländer kamen zusammen auf ein Plus von 0,4 Prozent, die alten auf ein Minus von 0,2 Prozent.

Wachstumsspitzenreiter

Insgesamt hat Bayern nach Wiesheus Darstellung mit diesem Ergebnis seine Position als mittel- und langfristiger Wachstumsspitzenreiter in Deutschland weiter ausgebaut. In den Jahren 1991 bis 2003 habe Bayern um 20,9 Prozent zugelegt, Hessen um 18,3 Prozent, Hamburg um 15,2 Prozent, Baden-Württemberg um 14,4 Prozent und der Bund insgesamt um 16,2 Pro-

zent. Erst vor 15 Jahren, so Wiesheu, hatte Bayern den Bundesdurchschnitt erreicht. Die jetzt erreichte Position spiegelt sich auch in anderen Kennzahlen. So liegt in Bayern das erreichte Pro-Kopf-BIP mit 29.917 Euro um 16 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Arbeitsproduktivität, also das BIP je Erwerbstätigem, übertraf mit 59.611 Euro das Bundesniveau um 7,1 Prozent. Dennoch sieht der bayerische Wirtschaftsminister in diesen Zahlen „nur bedingt einen Trost, weil das Wachstumshemmnis des Bundes in den letzten Jahren auch den wirtschaftlich starken Süden in höchst unerfreulicher Weise gebremst hat“. Im Jahre 2000 hatte Bayerns Wachstum noch 5,1 Prozent betragen. Die unbefriedigende Wirtschaftslage schlug sich in allen Branchen nieder. Immerhin noch ziemlich unverändert schlossen das verarbeitende Gewerbe und das Handwerk ab. Einbußen gab es vor allem im Baugewerbe und im Einzelhandel.

Exportwirtschaft auf Erfolgskurs

Auf Erfolgskurs bewegte sich einzig die Exportwirtschaft. Von Januar bis Oktober stiegen die Ausfuhren um 3,9 Prozent auf 88,1 Mrd. Euro. Im Bund betrug das Plus 1,3 Prozent. Wiesheu geht davon aus, dass bis zum Jahresende 2003 erstmals die Marke von 100 Mrd. Euro übertroffen worden sein dürfte. Die Exportquote der bayerischen Wirtschaft liegt mittlerweile bei 44 Prozent. Im Jahre 1993 waren es erst 30,6 Prozent. Während im Bund in den ersten zehn Monaten 2003 die Importe um 2,4 Prozent zunahmen, gingen sie in Bayern um 0,1 Prozent auf 72,8 Mrd. Euro zurück. Dadurch stieg der weißblaue Ausfuhrüberschuss auf das „Allzeithoch“ von 15,3 Mrd. Euro.

Kritik an Gewerkschaften

Die Verdoppelung der bayeri-

schen Exporte seit 1993 sieht Wiesheu keineswegs so euphorisch wie seiner Meinung nach etwa die Gewerkschaften, die damit ihre Tarifforderungen rechtfertigten. „Die Exportzahlen sind seit 1995 kein Gradmesser der wirklichen Entwicklung mehr, weil sie immer mehr Zulieferungen aus dem Ausland enthalten. Die Exporte steigen, aber die Wertschöpfung im Lande nicht. Und das begreifen die Gewerkschaften nicht,“ murrte der Minister.

USA wichtigstes Abnehmerland

Obwohl wegen des schwachen Dollarkurses in den ersten zehn Monaten 2003 die Ausfuhren in die USA um 6,5 Prozent auf 11,7 Mrd. Euro zurückgingen, sind die Vereinigten Staaten weiterhin das wichtigste Abnehmerland für bayerische Produkte mit einem Anteil von 13,3 Prozent. Wegen jetzt auslaufender Kursicherungsgeschäften dürfte die Situation für Exporte nach den USA noch schwieriger werden. Dagegen profitiert die Ausfuhr in die 15 EU-Partnerstaaten von der Stabilität des Euro. Sie legte um 4,4 Prozent auf 44,8 Mrd. Euro zu und macht inzwischen gut die Hälfte aller Exporte des Freistaates aus. Die Geschäfte mit der engeren Euro-Zone nahmen um 6,1 Prozent auf 34,8 Mrd. Euro zu und erreichten 39,5 Prozent der Gesamtausfuhren. Gut liefen die Geschäfte mit Österreich und Spanien, etwas weniger gut mit Großbritannien.

Expansion im Chinesegeschäft

Deutlich ausgeweitet werden konnte in den ersten zehn Monaten 2003 der Absatz in die mittel- und osteuropäischen Länder. Mit 11,3 Mrd. Euro wurde die Vorjahreszeit um 8,4 Prozent übertroffen. Der Anteil am bayerischen Gesamtexport beträgt 12,8 Prozent. Außerordentliche expansiv entwickelte sich der Warenabsatz nach China, der bis

„Investitionen in die Zukunft verschieben ist kein Sparen“:

Bauindustrie kritisiert Finanzkurs des Freistaats

Verkehrswege privat finanzieren
Mit PPP-Modellen sollen öffentliche Aufgaben kostengünstiger werden

„Investitionen in die Zukunft verschieben ist kein Sparen“. Mit diesen Worten kritisierte Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes (BBIV) im Rahmen eines Pressegesprächs in München den Sparkurs der bayerischen Staatsregierung. Bauer bezog sich dabei auf den Entwurf zum bayerischen Nachtragshaushalt für 2004 und die öffentliche Neuverschuldung.

Die bayerische Bauindustrie hat sich Bauers Ausführungen zu Folge 2003 im neunten Jahr einer Rezession befunden. Auftragsrückgänge im vergangenen Jahr um 13,7 % im Vergleich zum Jahr zuvor und ein damit verbundener Stellenabbau von 10.000 Arbeitsplätzen allein in Bayern verdeutlichten die prekäre Lage der Bauindustrie. Die im bayerischen Staatshaushalt angestrebten Kürzungen für 2004 betrafen mit 320 Mio. € Investitionen, wovon ein Großteil Bauinvestitionen seien. Der BBIV schließt daraus auf ein Umsatzminus von 2 bis 3 % und einen weiteren Abbau von 7.000 Stellen in der Bauindustrie im Verlauf dieses Jahres.

Notwendige Investitionen sieht der BBIV vor allem beim Verkehrswegebau, den Sanierungen der bayerischen Hochschulen und den Wasser- und Abwasseranlagen. Als alarmierend bezeichnete Bauer den Zustand der bayerischen Staatsstraßen, da 60 % der

Strecken nicht in Ordnung seien. Im Zusammenhang mit dem Verkehrshaushalt fordert der BBIV die Betreibung der Bundesverkehrswege durch private Unternehmer, um von einer Steuer- zu einer Nutzerfinanzierung zu gelangen, und den Aufbau von Autobahn-Aktiengesellschaften.

Als weitere Alternativen zum Sparkurs der bayerischen Staatsregierung, „bei dem Schulden nur in andere Haushaltspositionen verschoben werden“, nannte Bauer die Senkung der Personalquote in den öffentlichen Haushalten sowie die Umstellung auf ein transparentes Rechnungswesensystem, das Aufschluss über Vermögensbewertungen und Abschreibungen im Freistaat und den Kommunen gäbe. Weiterhin sei eine Übertragung von bisher staatlichen Aufgaben auf private Unternehmen in vielen Fällen nötig, da Private diese Aufgaben effizienter und kostengünstiger erfüllen würden. Sogenannte Public Private Partnerships (PPP-Projekte), wie sie unter anderem bereits beim Abschnitt der Münchner Flughafen tangente Ost anstünden, seien hier beispielhaft. Als ebenfalls erforderliche Maßnahmen im Zuge der Haushaltssanierung führte der BBIV bei der Wasserversorgung und im Abwasserbereich eine Gebührenfinanzierung und wirtschaftlich selbstständige Strukturen an. **doh**

Ende Oktober 2003 um 63,8 Prozent auf 3,3 Mrd. Euro zu, wogegen die Lieferungen nach Japan um 1,4 Prozent auf 1,9 Mrd. Euro zurückgingen. China hat seine Position als Handelspartner Nummer 1 in Fernost ausgebaut. In die Tigerstaaten gingen Waren für 3,8 Mrd. Euro (+ 2,1 Prozent). Die Exporterfolge wurden getragen von den „großen Drei“ der bayerischen Industrie, nämlich der Fahrzeugindustrie (BMW, Audi, MAN) mit einem Anteil am Gesamtexport von 31,5 Prozent, dem Maschinenbau (Anteil 16,3 Prozent) und der elektrotechnischen Industrie (Anteil 15,8 Prozent).

Positive Exporterwartungen

Als Motor der anspringenden Weltkonjunktur sieht Wiesheu die USA. Von September bis November haben in Bayern die Auftragsengänge um 5 (Bund: 4,9) Prozent zugelegt. Die Exporterwartungen sind laut ifo-Konjunkturbericht „eindeutig positiv“. Ob aber die Binnen nachfrage endlich wieder besser tritt fasse, bleibe abzuwarten, so Wiesheu. Von der neuen Zuversicht der Verbraucher sehe er noch nichts. Auch spricht nach Ansicht des Ministers noch nicht allzu viel für einen Investitionschub. Es komme zu Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, aber nach Neu- und Erweiterungsinvestitionen sehe es nicht sonderlich aus.

Bremsspur am Arbeitsmarkt

Die anhaltende wirtschaftliche Stagnation hat auch auf dem bayerischen Arbeitsmarkt Bremsspur hinterlassen. So ging die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern um 50.000 oder 0,8 Prozent auf 6,2 Mio. zurück, im Bund um 400.000 oder 1 Prozent auf 38,3 Mio. Gleichzeitig stieg die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in Bayern um 15,7 Prozent oder 60.555 Personen auf 447.100 an. Ähnlich hohe Zuwächse gab es in Baden-Württemberg und Hessen. Wiesheu verwies in diesem Zusammenhang auf die anhaltende Binnenwanderung in die Südländer und den Basisseffekt des niedrigen Arbeitsloseniveaus im Süden der Republik.

Arbeitsmarkt „vergleichsweise gut“

Im Ländervergleich steht Bayern mit 6,9 Prozent Arbeitslosenquote nach wie vor auf Platz 2 hinter Baden-Württemberg (6,2 Prozent) und vor Rheinland-Pfalz (7,7 Prozent) und Hessen (7,9 Prozent). Regional betrachtet, so der Minister, sei die Lage vergleichsweise gut. 21 von 27 Arbeitsamtbezirke schnitten besser ab als der westdeutsche Durchschnitt mit 8,4 Prozent. Nur Hof mit 11,8 Prozent liege über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 10,5 Prozent. Mit Freising (4,3 Prozent), Donauwörth (4,7 Prozent) und Weilheim (4,9 Prozent) stellt der Freistaat die drei bundesweiten Spitzenreiter. Und auch die Lehrstellenbilanz ist nach Wiesheus Angaben „nahezu ausgeglichen“. Eine Ausbildungsplatzab-

gabe sei abzulehnen, weil sie nicht zu mehr Lehrstellen, sondern zur Verstaatlichung der beruflichen Bildung führe.

Standortkonkurrenz

Bayerns Wirtschaftsminister wies darauf hin, dass mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL-Staaten) die Standortkonkurrenz noch härter werde. Bayern treffe es besonders, weil es vom 1. Mai 2004 an ein Niedriglohn-, Niedrigsteuer- und Höchstfördergebiet grenze. Diesem Problem müsse man sich stellen. Man könne dem Druck nur durch vermehrte Investitionsstätigkeit standhalten. Außerdem müsse auch Beschäftigung unter Tarif möglich werden, denn ansonsten seien Werksverlagerungen ein durchgehender, dramatischer Prozess. Verloren gehende Arbeitsplätze könne man nicht einfach durch Dienstleistungsjobs ersetzen, weil ein Großteil der Dienstleistungen produktionsnah sei. Deshalb müssten die weiteren Reformen in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik sowie in den Sozialsystemen jetzt und nicht erst 2007 auf den Weg gebracht werden.

Finanzpolitischer Konsolidierungskurs

Wiesheu verteidigte den finanzpolitischen Konsolidierungskurs Bayerns, „um die im Vergleich der alten Länder höchste Investitionsquote auf Dauer zu sichern“. Dafür müssten gegebenenfalls auch kurz-

fristige konjunkturendämpfende Effekte in Kauf genommen werden. Als fünf große Aufgaben der bayerischen Wirtschaftspolitik für 2004 bezeichnete Wiesheu die Förderung von Existenzgründern sowie die Pflege des Mittelstandes, die weitere Förderung der Forschungs- und Technologiepolitik, deren Mittel deshalb auch von Kürzungen weitestgehend verschont geblieben seien, angesichts der EU-Osterweiterung die Beibehaltung der Fördergebietskulisse, den Ausbau der Infrastruktur im Flächenland Bayern, vor allem bei der Energieversorgung und beim Verkehr einschließlich Donauausbau, und die Stärkung von Bayerns Image als Weltweit renommierter Wirtschafts- und High-Tech-Standort durch die beiden „Leuchtturmprojekte“ Transrapid zum Flughafen München und Fußball-WM 2006.

Für all das, so Bayerns Wirtschaftsminister, „tun wir alles, was wir selbst tun können. Aber wir brauchen auch mehr bundespolitischen Rückenwind.“ **doh**

Offensive für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Zwei Bürgerinnen und drei Bürger des Freistaats wurden im Rahmen des Bayerischen Tourismusjahres 2004 schließlich mit der Medaille für besondere Verdienste um die bayerische Gastlichkeit ausgezeichnet. Es handelte sich dabei um Lore Göbel aus dem Landkreis Main-Spessart, Rosa Maria Habersetter aus dem Landkreis Weilheim-Schongau, Ludwig Böhm aus dem Landkreis Donau-Ries, Anton Oberpriller aus dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen und Theo Weber aus Landshut. „Tourismusangebot und Tourismusqualität vor Ort leben von den vielen ehrenamtlichen Helfern. Sie sind mit ihrem unermüdeten Engagement, ihrer Kreativität und ihrem persönlichen Charme eine nicht wegzudenkende Stütze im Fremdenverkehr“, hob Minister Wiesheu hervor. Die touristische Auszeichnung des Freistaats wird seit 1982 an Persönlichkeiten vergeben, die mit rühmendem Einsatz und ohne Aufwandsentschädigung den Tourismus vor Ort ankurbeln. In einer Talkrunde standen sodann Konzepte für einen erfolgreichen Wintertourismus in Bayern zur Diskussion. **DK**

Vom Datenhighway auf die Druckstraße:

Post macht Druck

Die Deutsche Post bringt nicht nur die Briefe - sie stellt sie auf Wunsch auch her

Sechs Uhr morgens: Noch herrscht Stille in dem flachen Gebäude links hinter dem Zustellstützpunkt im Süden Nürnbergs. Nicht mehr lange. Bald werden die langgestreckten Maschinen mit ihren unzähligen Rollen, Greifern und Gummibändern zum Leben erwachen. In dem Zweckbau ist ein Druckzentrum des Deutsche Post-Geschäftsbereichs PrintCom untergebracht. 29 Mitarbeiter produzieren hier im Dreischichtbetrieb pro Tag rund 400000 Sendungen. Vor allem Telekommunikationsunternehmen, Versicherungen und Geldinstitute nutzen den Service.

„Das ist das Kontrollzentrum“, erklärt Horst Breinl, Leiter des PrintCom-Produktionszentrums Nürnberg. Zahlreiche Computermonitore sind zu sehen, vor dem Fenster stehen gelbe Postautos in Reih und Glied. Hier, im „Gehirn“ der PrintCom-Station, werden die Daten für die Druckmaschinen aufbereitet, für die Schneide-, Sortier-, Falz- und Kuvertiermaschinen, bis schließlich fertige Briefe im gelben Postauto verschwinden.

Datenströme

Mit einem leisen Summen erwacht die grau-rote Maschine zum Leben. Robert Zöllner hängt mit dem Gabelstapler eine Papierrolle in zwei Greifarme ans eine Ende der Druckmaschine. 425 Kilogramm wiegt die Rolle, 50.000 Blatt DIN-A4-Papier befinden sich darauf. Am nächsten Morgen werden

sie und zwölf weitere Rollen, insgesamt fünfeinhalb Tonnen, kilometerlang abgespult, beidseitig bedruckt, geschnitten und in Kuverts verteilt worden sein.

Ortsnahe Produktion

Horst Breinl erläutert die Datenströme in die neun PrintCom-Zentren: „Unser System ist bundesweit so ausgelegt, dass die Sendungen nach Möglichkeit ortsnahe produziert werden. Das bedeutet: Eine Telefonrechnung für einen Erlanger wird wahrscheinlich hier in Nürnberg gedruckt, die für Pforzheim in Stuttgart. Wenn Kapazitätsengpässe an einem Standort auftreten, springen andere Zentren ein, die Datenströme werden umgelenkt.“

Alles muss klappen

Dabei darf nichts daneben gehen, erklärt Kurt Moser, Busin-

ess Consultant bei der PrintCom: „Rechnen Sie einfach nach: Allein wir in Nürnberg produzieren an sechs Tagen weit über 2 Millionen Sendungen. Bei einer Fehlerquote von nur einem Promille hätten wir 2000 falsch zugestellte Kontoauszüge oder Rechnungen. Die Kunden würden über uns herfallen, und das zu Recht. Man hört aber nichts. Uns darf eben kein einziger Fehler unterlaufen, unsere Fehlertoleranz liegt bei nullkommanull Promille.“

Daten aus ganz Deutschland

Es ist neun, mittlerweile läuft die Produktion auf Hochtouren, 20.000 Kuverts werden pro Stunde gefüllt. Das Ende der Datenflut naht erst spät am Abend. Horst Breinl: „Die meisten Express-Sendungen, Daten aus ganz Deutschland also, die erst bis 21 Uhr eingehen, werden im Nürnberger PrintCom-Zentrum verarbeitet.“ Die Produktion läuft durch bis etwa 3 Uhr früh. Dann verlässt der letzte Lkw die Rampe. „Es kann vorkommen, dass der Zusteller morgens um 9 Uhr einen Brief beim Empfänger einwirft, der erst sechs Stunden vorher von unserer Druckmaschine gelaufen ist“, verkündet Breinl mit hörbarem Stolz. **z**

Sinkende Strompreise erwartet

Berlin. Die Strompreise werden nach Einschätzung von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement in absehbarer Zeit wieder sinken. Die anstehende Regulierung der Energiemärkte werde zu mehr Wettbewerb und damit auch zu „einer Minimierung von Preisen“ führen, sagte der Politiker bei einer Energiefachtagung in Berlin.

Die deutschen Energieversorger hatten zuletzt die Strompreise deutlich angehoben und damit die Preisrückgänge nach der Öffnung des Strommarkts 1998 wieder wettgemacht. „Inzwischen ist die Wettbewerbsdynamik offensichtlich erlahmt“, sagte Clement. Die Nutzungsentgelte für die Stromnetze seien nicht wie erhofft gesunken. Hier solle staatliche Regulierung nachhelfen, die im geplanten neuen Energiewirtschaftsgesetz festgelegt werde.

Keine Superregulierung

Er wolle weder „Soft- noch Superregulierung“, erläuterte Clement. Ziel sei eine wirksame Entflechtung der Netze vom Vertrieb der Energieversorger, damit diese ihr Netzmonopol nicht zur Diskriminierung von Konkurrenten einsetzen. Dazu müsse die Leitung des Netzbetriebs weisungsunabhängig von der Spitze der Gesamtkonzerne sein. Eine „eigentumsrechtliche Entflechtung“ müsse es hingegen nicht geben, meinte Clement.

Der „diskriminierungsfreie Zugang“ zu den Energienetzen - die Durchleitung von Strom oder Gas von Konkurrenten zu fairen Preisen - ist seit Jahren Streitpunkt in der Energiewirtschaft. Nachdem die Bundesregierung jahrelang auf freiwillige Branchen-Vereinbarungen setzte, soll nun - auch auf Druck der EU - staatliche Regulierung den Wettbewerb befli-

geln. Die Aufgabe soll eine neue Abteilung der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation übernehmen.

Unternehmerische Freiheit

Der Verband der Elektrizitätswirtschaft forderte, Bewährtes aus den Verbändevereinbarungen solle weiter gelten. Bei der neuen Regulierung müsse unternehmerische Freiheit erhalten bleiben. Im übrigen brauche die Stromwirtschaft eine Energiepolitik aus einem Guss, die die Regulierung nicht biete.

Der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) bewertete die von Clement vorgestellten Eckpunkte zur Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) als Schritt in die richtige Richtung. VKU-Präsident Oberbürgermeister Gerhard Widder, hob hervor, dass die Forderung der Stadtwerke nach gesetzgeberischer Festlegung wesentlicher Regulierungsinhalte für die Strom- und Gasmärkte aufgegriffen worden sei. Damit werde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Wirtschaft und Verbrauchern mehr Klarheit und mehr Rechtssicherheit zu verschaffen.

Durch die Ankündigungen des Ministers sieht sich der VKU in seinem Vorschlag für eine normierende Regulierung grundsätzlich bestätigt, wonach die Bedingungen des Netzzugangs und der Methoden zur Berechnung der Netznutzungsentgelte

für die Strom- und Gasmärkte im novellierten EnWG und entsprechenden Rechtsverordnungen festgelegt werden sollten.

Der VKU plädierte darüber hinaus mit Blick auf die Vielzahl der durch die Regulierung erfassten Unternehmen für die Einrichtung einer föderal organisierten Behördenstruktur mit bundeseinheitlichem Vollzug sowie klar definierten Zuständigkeiten der Bundes- und der Länderregulierungsinstanzen.

Entflechtungsgebot

Beim gesellschaftsrechtlichen Entflechtungsgebot (Unbundling) bestehe grundsätzliche Übereinstimmung mit dem BMWA darüber, dass für kleine und mittlere Unternehmen die Ausnahmeregelung der EU-Richtlinien (sog. „de-minimis-Option“) in das EnWG aufgenommen werden solle. Der VKU habe sich bereits frühzeitig dafür eingesetzt, dass Verteilnetzbetreiber unter 100.000 angeschlossenen Kunden vom gesellschaftsrechtlichen Entflechtungsgebot ausgenommen werden.

Beim zweiten Gesetzes-Großprojekt der nächsten Monate, der Umsetzung des Handels mit Emissionsrechten, stelle sich Clement ausdrücklich auf die Seite der Energiewirtschaft und der Industrie. Ihnen dürften keinesfalls zusätzliche Klimaschutzvorgaben aufgebürdet werden, sagte Clement.

Einer Bevorzugung des klimafreundlicheren Erdgases gegenüber Kohle beim Ersatz alter Kraftwerke erteilte Clement eine Absage. Eine Verdrängung der Kohle dürfe es nicht geben.

KK/ap/ot

Sicherheit von Kernkraftwerken:

Länder fordern Aufklärung vom Kanzler

Gemeinsame Erklärung von Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen

Angesichts der Forderung des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, König, nach Abschaltung der fünf ältesten Kernkraftwerke in Deutschland haben sich die Umweltminister der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen in Schreiben an Bundeskanzler Gerhard Schröder gewandt. Sie fordern, offen zu legen, ob der Bundesregierung neue Erkenntnisse zur terroristischen Bedrohungslage deutscher Kernkraftwerke vorliegen.

„Im Falle einer neuen Bedrohungslage muss die Bundesregierung unverzüglich handeln und die Länder informieren“, so Hessens Umweltminister Wilhelm Dietzel. Wenn aber keine neuen Erkenntnisse gegeben seien, muss der Bund der Öffentlichkeit umgehend erklären, warum der im April 2002 in Kenntnis der Terroranschläge von New York gesetzlich verankerte Atomkonsens, der den von Präsident König angesprochenen Kernkraftwerken Restlaufzeiten bis 2012 zubillige, plötzlich nicht mehr tragfähig sein solle.

Wenn der Bund aber eine Änderung des Atomkonsens mit den Betreibern anstrebe, so solle er dies offen aussprechen und nicht versuchen, mit durchsichtigen politischen Manövern gegen die Länder sein Ziel eines noch früheren Ausstiegs aus der Kernenergie durch die Hintertür zu erreichen, so die Minister weiter. Die Länder seien nicht bereit, ein solches unverantwortliches Spiel mit einem derart hoch sensiblen Thema mitzumachen. Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf forderte, dass Bundesumweltminister Jürgen Trittin hier vom Bundeskanzler zur Ordnung gerufen werden müsse.

Die Umweltminister versichern der Bundesregierung ihre volle Unterstützung, auf veränderte Bedrohungslagen sofort und bundeseinheitlich abgestimmt zu reagieren. „So lange es jedoch von der Bundesregierung keine Informationen

über solche Veränderungen gibt, muss in der hochgezogenen Debatte davon ausgegangen werden, dass der Bundesumweltminister durch das BfS ein Spiel mit den Ängsten der Bevölkerung treiben lässt“, so Baden-Württembergs Umweltminister Ulrich Müller. Wenn Bundesumweltminister Trittin und Bundesinnenminister Schily sich nicht über die tatsächliche Bewertung der Sicherheitslage verständigen könnten, dann ist wohl Bundeskanzler Gerhard Schröder gefragt, so Müller weiter.

„Sollte die offensichtlich in Abstimmung mit Bundesminister Trittin aufgestellte Forderung nach Stilllegung von fünf deutschen Kernkraftwerken dem Zweck dienen, den so genannten Atomkonsens aufzuschüren, ist die Bundesregierung aufgefordert, dies der Öffentlichkeit direkt zu sagen, sich an die Betreiber zu wenden und nicht unifferenzierte Ängste zu schüren“, bekräftigte der bayerische Umweltminister Werner Schnappauf.

Völlig verständnislos reagierte Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander auf die Verbreitung von Auszügen aus geheim gehaltenen Gutachten zur Sicherheit von Kernkraftwerken gegen terroristische Flugzeugangriffe. „Ein nicht unerhebliches Sicherheitsrisiko stellt hier Bundesminister Trittin selbst dar, indem er vertrauliche Unterlagen, in denen Sicherheitsreserven der einzelnen Kernkraftwerke dargestellt sind, in die Öffentlichkeit gelangen lässt“, kritisierte Sander. Die Bundesregierung müsse sich die Frage gefallen lassen, wie sie dies verantworten wolle. Außerdem müsse sie sich fragen lassen, wie sie mit dem BfS-Präsidenten König umgehen wolle, der aus dem vereinbarten gesamtstaatlichen Verfahren zur Verbesserung des Schutzes der Kernkraftwerke vor Terror ausgetreten sei. Dieser habe seine Kompetenzen erheblich überschritten, erklärte Sander.



Unser Bild zeigt (v.l.): Martin Sambale, eza!-Geschäftsführer, Josef Schweinberger, 1. Bürgermeister von Buchloe und Klaus Linder, eza!-Energieberater für Buchloe.

Energieberatungsstellen der eza! im Allgäu

Im Februar startete „eza!“, das energie- und umweltzentrum allgäu“, neue Energieberatungsstellen in der Verwaltungsgemeinschaft Röthenbach und in der Stadt Buchloe. Damit betreut eza! in dieser Form im Allgäu mittlerweile 36 Energieberatungsstellen.

Energierrelevante Themen

Die Ratsuchenden, meist Hausbesitzer und Bauherren können sich über alle energierelevanten Themen im Baubereich kostenlos informieren. Das beinhaltet Fragen zum Neubau, zur Sanierung oder zu grundsätzlichen Energiethematen. Beispielsweise von der Dämmung der Außenwände über Feuchtigkeit im Haus, Sanierung der Heizung bis hin zu Zuschüssen und Fördergeldern.

Wichtiger Bürgerservice

Anfang Februar nahm der erste Bürgermeister der Stadt Buchloe, Josef Schweinberger, von eza!-Geschäftsführer Martin Sambale die Grundausstattung der Beratungsstelle entgegen und betonte wie wichtig für seine Stadt der neue Bürgerservice Energieberatung sei, da in

Buchloe eine rege Bautätigkeit herrsche und auch das Thema Altbauanierung zunehmend an Bedeutung gewinne.



Ein Haus in allen Regenbogenfarben - was auf den ersten Blick wie moderne Kunst aussieht ist in Wirklichkeit reine Geld- und Energieverschwendung. Die Thermografie veranschaulicht deutlich, wo die Schwachstellen an einem Haus sind, das heißt in welchen Bereichen der Wärmeverlust besonders hoch ist. „Genau dort sollte man auch mit dem Renovieren beginnen“, erklärt Martin Sambale, Geschäftsführer des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!), die Hintergründe der Infrarot-Fotografie. In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Kempten bot eza! eine Sonderaktion gemeinsam mit der Vor-Ort-Beratung an. Der relativ kurze Zeitraum der Aktion ist schon alleine wegen der äußeren Umstände notwendig: „Solche Aufnahmen können nur bei Temperaturen unter Null Grad gemacht werden“, erläuterte Steffen Riedel von eza! „denn alle Plusgrade geben ein falsches Bild der Wärmeabstrahlung wider.“

Der neue eza!-Energieberater für Buchloe, Klaus Linder, hat den 200-stündigen Kurs von eza! zum Energieberater im Handwerk als Qualifikation für seine Tätigkeit in Buchloe absolviert und ist als Bezirkskaminkehrermeister einschlägig für seine neue Nebentätigkeit vorgebildet. Er ist damit einer von 35 Energieberatern die für eza! in den Beratungsstellen, auf Messen, im eza!-haus und vor Ort beim Kunden als Energieberater tätig sind.

Informationen im Web

Die Beratungszeiten sind in allen eza!-Energieberatungsstellen alle ein bis zwei Wochen im Rathaus, meist für 2 Stunden am verlängerten Behördennachmittag. Die Anmeldung erfolgt jeweils telefonisch über die Verwaltung.

Weitere Informationen zur eza!-Energieberatungen und zu weiteren Dienstleistungen von eza! gibt es unter www.eza-allgaeu.de.



Vom Chef der AM-T, Werner Stanglmaier, ließ sich Staatsminister Josef Miller die Vorzüge der Erdgastechnologie genau erläutern. Beistand leisteten (im Bild dahinter stehend v. l.): Birgit Weiss von AM-T, der Türkheimer Bürgermeister Dr. Silverius Biehler, AM-T-Betriebsleiter Rudolf Steinkamp, MdL Franz Pschierer und Landrat Dr. Hermann Haisch.

Kompetenzzentrum für Erdgasfahrzeuge:

Erdgas-Power aus Türkheim

Türkheim. Das erste Kompetenzzentrum für Erdgasfahrzeuge in Deutschland ist jetzt in Türkheim - Schwaben entstanden. Die Firma AM-T hat sich dem zukunftsweisenden alternativen Erdgasantrieb angenommen und sich dabei zum Ziel gesetzt, diesen umweltfreundlich und nutzbringend umzusetzen.

Staatsminister Josef Miller besuchte kürzlich gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Franz Pschierer das Unternehmen, um sich ein Bild von der zukunftsweisenden Technologie zu machen. Miller begrüßte die Initiative der Firma. Der gesamten Branche mißt der Minister hohe strategische und wirtschaftspolitische Bedeutung bei. „Neue Technologien haben Querschnitts- und Schlüssel-funktionen“, sagte er.

80 Prozent weniger Schadstoffe

Wie Firmengründer Werner Stanglmaier erläuterte, erfüllen Erdgasfahrzeuge durch einen um bis zu 80 Prozent geringeren Schadstoffausstoß die von der europäischen Erdgaskommission verlangten Grenzwerte. Außerdem sparen Erdgasfahrzeuge im Vergleich zu Dieselfahrzeugen etwa 50 Prozent und gegenüber Benzinern etwa 70 Prozent der Kraftstoffkosten. Ein weiterer Vorteil liegt in der bivalenten Nutzungsmöglichkeit: auch bei Gasantrieb bleibt der Benzin- beziehungsweise Dieselantrieb erhalten, ein Umschalten vom einen zum anderen Antrieb ist jederzeit möglich.

Flächendeckende Versorgung

Derzeit gibt es in Deutschland 350 Tankstellen für Gas, bis zum Jahre 2005 sollen 1.000 weitere dazu kommen - damit ist eine flächendeckende Versorgung gewährleistet.

Interessant für Kommunen

Interessant sind die gasbetriebenen Fahrzeuge vor allem für Flottenbetreiber, also auch für Kommunen, wie Roland Bartosch vom Bundesverband der Gas- und Wasserwerke betonte. „In einer Zeit, in der Wirtschaftlichkeit und Umweltbewusstsein oberste Priorität genießen, gehört dieser Kraftstoffart die Zukunft.“ Doch auch Firmen und Privatkunden sollten einen Wechsel ernsthaft in Erwägung ziehen. Egal ob Neufahrzeug oder Umrüstung des „Alten“, bei AM-T wird jeder Kunde individuell betreut und erhält sein Fahrzeug „nach Maß“. Selbstverständlich bietet AM-T auch

2003 - Jahr mit höchstem Gasabsatz für Bayerngas

Bayerngas kräftigt Position als Einkaufsgesellschaft

Die Bayerngas GmbH, größte kommunale Gas-Einkaufsgesellschaft Deutschlands, hat mit 62,4 Mrd. Kilowattstunden (kWh) verkauftem Erdgas im Jahr 2003 das beste Absatzergebnis in der Unternehmensgeschichte erzielt. Gegenüber dem Vorjahr steigerte sich damit der Gasabsatz um 4,2 %. „Mit diesem sehr zufrieden stellenden Absatzergebnis haben wir unsere Position als größte kommunale Einkaufsgesellschaft für Erdgas und erfolgreicher Energiepartner von Regionalversorgern und Industrieunternehmen gestärkt“, sagt Dr. Ulrich Mössner, Geschäftsführer von Bayerngas.

Das positive Ergebnis geht auf die im Vergleich zum Vorjahr kälteren Temperaturen in den Wintermonaten sowie auf die weiterhin gute Anschlussentwicklung und die erhöhten Gaslieferungen in den Kraftwerkssektor zurück. Bayerngas hat sich bereits im Jahr 2003 unter anderem mit der Gründung des Erdgashandelsunternehmens actogas GmbH und der ETM GmbH Erdgas-Transport-Management als aktiver Marktteilnehmer präsentiert. Die Unternehmen wurden zusammen mit verschiedenen Partnern gegründet. Mit dem sehr guten Absatzergebnis in 2003 und der abgeschlossenen Weichenstellung für die Zukunft kann Bayerngas jetzt gestärkt die nächsten Projekte angehen.



Die Snowboardgruppe des Fördervereins Talentzentrum Wintersport Berchtesgaden e.V. ließ sich anlässlich der offiziellen Bekanntgabe der Sponsoring-Aktivitäten einrahmen von den ESB-Präsidenten Dieter Rathsam und Werner Bähre (li.), sowie Anton Erb und Martin Heun (re.).

Erdgas Südbayern fördert Wintersport-Jugend:

Kleine Sportler mit großen Zielen

Die Stars der Pisten, Loipen und Schanzen von morgen zu fördern, hat sich die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) auf ihre Fahnen geschrieben. Aus diesem Grund sponsert die ESB den Förderverein Talentzentrum Wintersport Berchtesgaden e.V. Bei dem Sponsoringengagement geht es darum, die sportliche Zukunft junger Menschen zu begleiten sowie als Energie-Dienstleister soziales und regionales Engagement zu zeigen.

Was haben die Wintersport-Asse Georg Hackl, Barbara Niedernhuber, Tobias Angerer und Evi Sachenbacher gemeinsam? Sicher viel Talent, professionelle Betreuung und einen behutsamen Aufbau durch ihre Trainer. Doch auch die Stars von heute haben sich im Lauf der Zeit erst zu dem entwickelt, was sie jetzt darstellen. Auch künftig solche Talente zu entdecken, zu trainieren und an die Weltspitze heranzuführen, hat sich der Förderverein Talentzentrum Wintersport Berchtesgaden e.V. zur Aufgabe gemacht. Das geht nicht ohne finanzielle Unterstützung.

Langfristiges Engagement

„Die Investition in die sportliche Ausbildung junger Menschen betrachtet die ESB als gewinnbringend für beide Seiten“, betont ESB-Geschäftsführer Werner Bähre. Zum einen profitieren die Jugend-Leistungssportler über das Sponsoring des Fördervereins. Zum anderen unterstreicht die ESB auch gleichzeitig ihr langfristig angelegtes soziales und regionales Engagement in diesem Bereich sowie die langjährige Partnerschaft mit der Sportregion Berchtesgadener Land. So hat die ESB bereits vor drei Jahren den Berchtesgadener Talentschatzbrief erworben und sich damit zu einem sehr frühen Zeitpunkt zur Unterstützung der Wintersport-Jugend rund um den Watzmann bekannt. Des Weiteren fördert die ESB in ihrem Versorgungsgebiet seit mehreren Jahren das Internationale Ju-

gend-Kunst- und Turmspringen in Waldkraiburg sowie den Nachwuchs des Oberbayerischen Schwimmverbandes.

Dass sich der Einsatz lohnt, zeigen die beachtlichen Erfolge der Vergangenheit in den unterschiedlichen Sportarten. Dass das auch in Zukunft möglich bleibt, dafür setzt sich die ESB ein.

Schöne Aussichten dank Spende

Sieben Kilometer langer Rundweg um Abensberg

Gestaltete Wege, von Wiesenstreifen gesäumt, begleitet von Pflanzungen, markiert durch Plätze, Aussichtspunkte und naturnahe Bereiche - diesen Anspruch hat die Stadt Abensberg an einen neuangelegten Rundweg in Abensberg. Bereits in naher Zukunft soll dieses Projekt umgesetzt werden.

Auch die Erdgas Südbayern (ESB) mit ihrem ServiceCenter in Pfaffenhofen trägt mit einer Spende aus dem Umweltfond des „Infokreis Erdgas“ zur Verwirklichung dieser ökologisch wertvollen Einrichtung bei.

Der Rundweg, der sich um die Silhouette von Abensberg legen soll, wird rund sieben Kilometer lang sein, durch die Flur führen und dabei schöne Aussichtspunkte ansteuern. „Wir rechnen mit Gesamtkosten von etwa 30.000 Euro. Aus diesem Grund kommt die Spende der ESB natürlich gerade

recht“, freute sich Dr. Uwe Brandl, erster Bürgermeister der Stadt Abensberg.

„Der Umweltfond des Infokreis Erdgas wurde speziell für derartige Projekte eingerichtet, die ökologisch und vor allem für die Allgemeinheit wertvoll sind“, erklärte Maik Andrá, Leiter des ESB-ServiceCenter Pfaffenhofen. Neben dem Projekt „Rundweg in Abensberg“ unterstützt das ESB-ServiceCenter in Pfaffenhofen weitere ökologisch sinnvolle Umweltschutzprojekten im Versorgungsgebiet.

Starker Partner in punkto Ökologie

„Infokreis Erdgas“ und Erdgas Südbayern GmbH (ESB) auf Umweltkurs

Pfaffenhofen. Verantwortung gegenüber der Umwelt hat die ESB in den Adern oder vielmehr in der Erdgas-Leitung: So liegt die Umweltbilanz von Erdgas im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern wie Erdöl oder Kohle im tiefgrünen Bereich. Nicht nur die Energieform an sich, sondern auch das Unternehmen ESB, trägt aktiv zum Umweltschutz bei: Der „Infokreis Erdgas“ ist eines von vielen Projekten der ESB zur Zusammenarbeit mit den Kommunen. Wichtiger Bestandteil der Initiative ist die Information über Erdgas in der Region und die Förderung von Umweltschutzprojekten in Südbayern.

Ökologisch denken und handeln sind keine leeren Schlagworte bei der ESB, sondern Philosophie, die in allen von der ESB versorgten Regionen und in den ServiceCentren des Unternehmens aktiv gelebt wer-

den. Deshalb gründete die ESB bereits 1990 unter dem Motto „Information schafft Transparenz“ den „Infokreis Erdgas“.

Die Aufgabe des Infokreises ist im wesentlichen die Unter-richtung der Konzessionsgemeinden über den Geschäftsverlauf und geplante Aktivitäten der ESB. „Der Infokreis Erdgas ist kein starrer Apparat, sondern eine hervorragende Plattform für Kommunikation und Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern, den Bürgermeistern der beteiligten Konzessionsgemeinden sowie den Leitern der ESB-ServiceCenter und Vertretern der ESB-Fachbereiche“, freut sich Maik Andrá, ServiceCenter Leiter der Erdgas Südbayern GmbH Pfaffenhofen.

Neben energiepolitisch und -wirtschaftlich interessanten Themen dient der „Infokreis Erdgas“ vor allem dazu, den Informationsfluss zwischen allen Partnern lebendig zu halten und Wünsche und Bedürfnisse der Konzessionsgemeinden rechtzeitig aufzugreifen.

Noch Geld im Topf

Das Thema Umweltschutz nimmt in diesem Zusammenhang einen großen Stellenwert ein: So verfügt jeder Infokreis über einen Umweltfonds. Aus diesem Topf werden Gelder zur Förderung von Umweltschutzprojekten gemeinsam verteilt. „2003 sind insgesamt 17 Anträge aus dem Versorgungsgebiet unseres ServiceCenters beim Vorsitz des Infokreises Erdgas eingegangen“, erklärt Andrá und fügt hinzu: „Wir haben beschlossen, jedes der vorgeschlagenen Projekte mit EUR 1.000,00 zu unterstützen. EUR 3.000,00 bleiben im Topf und werden in diesem Jahr an neue, ökologisch sinnvolle Aktionen verteilt.“



Von links: Dr. Otto Hünnerkopf, MdL, Simone Tolle, MdL, Linda Plappert-Metz, 1. Bürgermeisterin, Innenstaatssekretär Georg Schmid und Landrat Armin Grein.

E.ON Bayern/Region Unterfranken:

Spatenstich für Binsfelds Zukunft

Vor über 100 Vertretern unterfränkischer Städte, Gemeinden und Landkreise erfolgte der erste Spatenstich für den Neubau des Feuerwehrhauses mit Heizzentrale in Binsfeld. Diese ermöglicht eine CO₂-freie Wärmeerzeugung und ist damit Grundbaustein des Projekts „energetische Stadterneuerung im Ortsteil Binsfeld“, für das die Stadt Arnstein im Juli 2003 den E.ON Bayern-Innovationspreis für zukunftsorientiertes Bauen erhielt.

„Wir haben den Preis zum Start des Unternehmens im Herbst 2001 ins Leben gerufen, um unserer Verantwortung für den Umweltschutz Ausdruck zu verleihen,“ erklärte Rolf Wutschka, Generalbevollmächtigter der E.ON Bayern AG. „Wir leisten damit auch einen Beitrag zur Umsetzung der lokalen Agenda 21 und honorieren zudem die Partnerschaft zu den bayerischen Kommunen.“

CO₂-Emissionen reduzieren

In Binsfeld sollen durch die Sanierung des Altortes und die Realisierung von zukunftsfähigem Bauen die CO₂-Emissionen in den nächsten 20 Jahren um stolze 80 % reduziert werden. Also ein Projekt, von dem auch die nächsten Generationen profitieren. Dies nahm der Kindergarten Binsfeld zum Anlaß, um ein selbst gebasteltes „Haus der Zukunft“ an Staatssekretär

Georg Schmid zu übergeben. Mit Schmid vollzogen Bürgermeisterin Linda Plappert-Metz, Architekt Werner Haase, Kreisbrandrat Kümmel und Franz-Josef Sauer, Geschäftsführer Das Dorf Service GmbH, den ersten Spatenstich für die Heizzentrale.

Note eins für die Bürger

Bürgermeisterin Plappert-Metz gab ihren Binsfeldern die Note eins für ihr Engagement und stellte fest, dass es nicht nur um die energetische Stadterneuerung, sondern auch um die Straßenräume gehe. „Hier ist die Agenda nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten präsent“, unterstrich die Bürgermeisterin die „gelebte Bürgergesellschaft“.

Im Rahmen einer Feierstunde diskutierten anschließend Vertreter aus Wirtschaft (Gerd Bock, Leiter Vertrieb E.ON Bayern AG, Regionalleitung

E.ON Bayern-Preise für exzellente Dissertationen

Fünf junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Passau hat die E.ON Bayern AG für ihre hervorragenden Dissertationen ausgezeichnet. Beim Festakt an der Universität überreichten Generalbevollmächtigter Max Binder und Professor Dr. Walter Schweitzer, Rektor der Universität Passau, den Preisträgern Schecks und Urkunden. Die Preise sind mit jeweils 3.200 Euro dotiert. Zur Förderung von Forschung und Lehre übergab Binder dem Rektor darüber hinaus einen Scheck in Höhe von 15.000 Euro.

Die Preise für besonders gute Dissertationen an den Universitäten Passau und Regensburg sind Bestandteil der Kulturförderung der E.ON Bayern AG. Erstklassige Leistungen in Wissenschaft und Forschung prämiert das Unternehmen bereits seit 1959 und setzt damit ein Zeichen für den Wissenschaftsstandort Ostbayern. Mit der Preisverleihung sollen junge Akademiker ebenso wie die Universität Passau unterstützt werden.

Traditionell gute Partnerschaft

Die bekannte und begehrte Auszeichnung unterstreicht die traditionell gute Partnerschaft zwischen dem Energiedienstleister E.ON Bayern und der Passauer Universität. „Die Preisträger haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie mit Sorgfalt, Neugier und großem persönlichen Engagement Spitzenleistungen in der Forschung erbringen. Jeder von ihnen ist in seinem Fachgebiet auf dem besten Weg und trägt seinen Teil dazu bei, dass in Deutschland die enorm wichtige Ressource Wissen vermehrt und gestaltet werden kann“, so E.ON Bayern-Generalbevollmächtigter

Unterfranken), Wissenschaft (Prof. Dr. Jochen Fricke, Zentrum für angewandte Energie Bayern), Kirche (Edmund Gumpert, Umweltbeauftragter der Diözese Würzburg), Planung (Architekt und Fachplaner Werner Haase) und Politik (MdL Henning Kaul, Ausschuss für Landesentwicklung) über das Thema „Perspektiven der Energieversorgung - Chancen für den ländlichen Raum“.

Max Binder während der Preisübergabe.

„Die Universität Passau ist heute mehr denn je eine Top-Adresse für Akademiker, und ihre Bedeutung als Ausbildungsstandort im Herzen eines erweiterten Europas wird weiter steigen. Für E.ON Bayern ist die Partnerschaft mit Passau mehr als nur gute Tradition. Wir sehen hier ein positives Zeichen für die Zukunft der Hochschullandschaft auch in schwieriger Zeit.“

Förderung der Akademischen Karriere

Ausschlaggebend für die Preisvergabe sind hochklassige Doktorarbeiten und sehr gute Ergebnisse bei den Promotionsprüfungen. Der Preis ist offen für Vorschläge aus allen Fakultäten der Universität Passau. Mit dem Preisgeld sollen die akademische Karriere der Preisträger gefördert oder die ersten Schritte in der beruflichen Laufbahn unterstützt werden.

Verbundenheit mit der Region

E.ON Bayern demonstriert seine Verbundenheit mit der Region nicht allein im wirtschaftlichen Handeln und der fortlaufenden Optimierung der Energie-Infrastruktur. Das Unternehmen fördert zahlreiche soziale, kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen und Projekte. Gerade mit dem Kulturpreis Ostbayern nimmt E.ON Bayern seine gesellschaftliche Verantwortung wahr und trägt seinen Teil zur Förderung von Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung bei.

Staatssekretärin Emilia Müller:

Im Haushalt Energie sparen und damit Klima schützen

Mit technischer Nachrüstung und richtigem Verhalten können Haushalte noch mehr Energie sparen. „Einsparen bei der Heizenergie schont nicht nur den eigenen Geldbeutel, sondern wegen niedrigerem CO₂-Ausstoß auch unser Klima. Deshalb sollte jeder Haushalt sich über seine Einsparmöglichkeiten informieren“, sagte Umwelt- und Verbraucherschutzstaatssekretärin Emilia Müller anlässlich der Eröffnung der Regionalausstellung „Mit Gas, Öl oder Holz heizen und damit Energie sparen“ in Straubing.

Eine einfache Möglichkeit, den eigenen Energieverbrauch zu überprüfen, bietet beispielsweise der CO₂-Energiesparechner des Umweltministeriums unter <http://www.klimaschutz.bayern.de>

Moderne Heizungsanlagen, zusätzliche Wärmedämmung insbesondere bei älteren Bauten und an den Fenstern, sowie die Nutzung der Sonnenenergie über Sonnenkollektoren oder Wärmepumpen reduzieren den Bedarf an Energie aus Öl, Gas oder Holz. Auch das richtige Lüften oder das Schließen der Rolläden in der Nacht verringern den Energiebedarf. Die aktivierte Stand-by-Funktion an Elektrogeräten ist ein Stromfresser. „Ohne Stand-by-Funktion könnten wir in Deutschland unseren Strombedarf um zwei Prozent reduzieren und damit auf zwei Großkraftwerke verzichten“, erläuterte Müller.

50 Prozent des gesamten Energiebedarfs fallen bei den privaten Haushalten und Kleinverbrauchern an. Davon werden ohne Berücksichtigung des Verkehrs 75 Prozent für Heizung benötigt. Allein damit wird ein Drittel der gesamten Kohlendioxidemissionen verursacht.

E.ON Bayern unterstützt Bildungsevent

Gemeinsam arbeiten künftig die Lernende Region Tölzer Land und der Energiedienstleister E.ON Bayern am Lernen und Wissen mit Energie. Bildung braucht Energie und die Lernende Region Tölzer Land mit ihrem Veranstaltungshöhepunkt Lernfest am 15. Mai 2004 einen Hauptsponsor, der mit E.ON Bayern gefunden wurde.

Die Lernende Region Tölzer Land ist eine der 73 Lernenden Regionen in Deutschland. Menschen jeden Alters und aus allen Bevölkerungsgruppen sollen durch diese zu lebenslangem Lernen motiviert werden.

Im Rahmen eines Pressegesprächs stellte Rolf Prudent, Geschäftsführer der Lernenden Region Tölzer Land E.ON Bayern als neuen Hauptsponsor des Lernfestes Benediktbeuern und der Lernenden Region Tölzer Land vor.

Was die Lernende Region und E.ON Bayern verbindet, so Geschäftsführer Prudent, sei die Zukunftsfähigkeit der Ziele der beiden Partner, die mit ihren jeweiligen Angeboten, nämlich sichere Energieversorgung und lebenslange Wissensvermittlung, entscheidend für die positive Entwicklung einer Region sind.

Gefragter Partner

Dr. Albrecht Schleich, Generalbevollmächtigter von E.ON Bayern, betonte, dass das Lernen wollen und die fundierte Ausbildung von jungen Menschen, wozu die Lernende Region Tölzer Land wirkungsvolle Impulse gebe, die Voraussetzung für ein prosperierendes Gemeinwesen in der Region sei. E.ON Bayern fordere nicht nur von seinen Mitarbeitern beständige Weiterbildung, sondern sei gerade wegen seiner hohen Anforderungen ein sehr gefragter Ausbildungspartner. Rund 300 junge Menschen bilde das Unternehmen in gewerblichen Berufen aus. Das seien bewusst mehr, als für den Eigenbedarf des Unternehmens notwendig sind.

Die Angebote der Lernenden Region Tölzer Land im Oberland, die gemeinsam mit regionalen Bildungsanbietern verwirklicht wurden, seien von den Menschen in der Region sehr gut angenommen worden, resümierte Rolf Prudent. Die dazu notwendigen Vernetzungsaktivitäten seien recht vielfältig und hätten sich gerade auch im vergangenen Jahr sehr Erfolg versprechend entwickelt. Gegenüber den Fördergebern sei man mit al-

len Projekten im geplanten Bereich. Für das kommende Jahr stehe vor allem die Entwicklung einer zentralen Oberland-Datenbank für alle Weiterbildungsangebote auf dem Programm sowie das weit über die regionalen Grenzen hinaus bekannte 4. Lernfest im Kloster Benediktbeuern am 15. Mai zum Thema „Mehr Können bringt Punkte!“.

Über 100 Vereine, Schulen, Jugendgruppen, Weiterbildungsanbieter und Unternehmen haben bereits jetzt schon ihre Teilnahme zugesagt und werden entsprechende Lernangebote auf originelle und attraktive Art und Weise präsentieren. E.ON Bayern wird neben einem Informationsstand zum Thema Ausbildung auch die von ihr eingerichtete Energiezentrale des Klosters präsentieren, in der bis auf Wind alle regenerativen Energieerzeugungsarten zur Strom- und Wärmeversorgung des Klosters zu erleben sind. Die Themenfelder des Lernfestes reichen somit vom „Lernen mit Energie“, über „Lernen für den Beruf“, „Lernen mit der Natur“, „Lernen mit Tradition“, „Lernen für die Persönlichkeit“, „Lernen mit Technik“, „Lernen in und aus der Region“ bis hin zu „Lernen in der Freizeit“ und „Lernen mit Spiritualität“.

Investitionen von E.ON Bayern

E.ON Bayern investiert heuer einen Betrag von rund 210 Millionen Euro in Bayern. Ein besonderer Investitionsschwerpunkt ist neben Instandhaltungsmaßnahmen und der Erschließung von Baugebieten die Verkabelung der stör anfälligsten Mittelspannungsfreileitungen. „Damit wird die Versorgungsqualität zum Vorteil unserer Kunden weiter verbessert“, erklärte E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Deml. Die Investitionen kommen in hohem Maße der heimischen Wirtschaft zu Gute. „Die Aufträge werden vor allem an mittelständische Unternehmen in Bayern vergeben“, so Deml. Das Auftragsvolumen sichert insgesamt rund 3.000 bayerische Arbeitsplätze.



Der designierte BEB-Geschäftsführer Josef Neuner (links) erläutert Minister Schnappauf (Mitte) das Modell der geplanten Biogasanlage. Foto: MM

Biogasanlage bei Strullendorf:

Projekt mit Vorbildcharakter

Nah der Schleuse Strullendorf im Landkreis Bamberg soll noch in diesem Jahr ein Projekt mit Vorbildcharakter entstehen. Es handelt sich dabei um eine Biogasanlage, die aus pflanzlichen Abfällen und nachwachsenden Rohstoffen Strom und Wärme erzeugt. Umweltminister Dr. Werner Schnappauf informierte sich bereits vorab an Ort und Stelle und war dabei voll des Lobes über das Projekt, mit dem sich der Landkreis in Richtung ganzheitliche Kreislaufwirtschaft bewegt.

Ab 2005 werden neben einer Großgärtnerei die über die Bio-tonnen gesammelten Abfälle aus Landkreis und Stadt Bamberg zur Vergärung gebracht. Das dabei gewonnene Gas wird Verbrennungsmotoren antreiben, die Strom erzeugen. Die dabei anfallende Wärme wird die Gewächshäuser der Gärtnerei beheizen und dort rund 500.000 Liter Heizöl ersetzen.

Technische Einzelheiten

Stellvertretender Landrat Georg Bogensperger hob beim Ortstermin hervor, dass das von privaten Investoren getragene Projekt fester Bestandteil der Abfallentsorgung des Landkreises ist. Der designierte Geschäftsführer der in Gründung befindlichen Bio Energie Bamberg GmbH (BFB), Josef Neuner, stellte die technischen Einzelheiten vor. Neben 12.000 Tonnen Bioabfällen aus Stadt und Landkreis sollen in einem weiteren Kreislauf jährlich auch 5.000 Tonnen nachwachsende Rohstoffe in Form von Energie-mais in Biogas umgewandelt werden, so dass sich für die

Landwirtschaft eine zusätzliche Einkommensquelle ergibt.

Wie Neuner erklärte, ersetzt die Biogasanlage nicht nur eine große Menge umweltbelastendes Heizöl, sondern wird auch so viel Strom ins Netz einspeisen, dass damit 6900 Personen ein Jahr lang versorgt werden können.

Zukunftsweisendes Konzept

Minister Schnappauf gratulierte dem Landkreis zu diesem zukunftsweisenden Gesamtkonzept. Die Biogasanlage sei ein wichtiger Beitrag zum aktiven Klimaschutz. Um der weiteren rasanten Klimaerwärmung Einhalt zu gebieten, müsse mit alternativen Gewinnungsmethoden als Ersatz für fossile Brennstoffe so viel Kohlendioxidfreie Energie wie möglich erzeugt werden. Der Landkreis Bamberg sei hier auf dem richtigen Weg.

Spontan schlug Schnappauf deshalb vor, das vorbildliche und zukunftsweisende Kooperationsmodell in das Konzept der Landesgartenschau zu integrieren. **DK**

HEAG NaturPur beliefert Gemeinde Puchheim

In der 20.000 Einwohner großen Gemeinde Puchheim westlich von München kommt künftig Ökostrom des Hessischen Ökostromversorgers HEAG NaturPur zum Einsatz. Für das Rathaus am Alois-Harbeck-Platz, die Kindertagesstätten in der Bäuml- und Birkenstraße sowie den Bürgertreff und das Jugendzentrum Am Grünen Markt wird seit 1. Februar NaturPur-Strom light erzeugt. Dieser stammt je zur Hälfte aus Wasserkraft und effizienter Kraft-Wärme-Kopplung. Durch die umweltfreundliche Erzeugung der hierfür benötigten rund 50.000 Kilowattstunden bleiben der Umwelt mehr als 28.000 Kilogramm Kohlendioxid (CO₂) erspart.

Die Gemeinde Puchheim hatte in ihrer Ausschreibung einen zehnprozentigen Ökostromanteil gefordert, der aus zertifizierten Erzeugungsanlagen stammt. Der Hauptstromlieferant konnte diesen nicht anbieten. Daher erhielt die Darmstädter HEAG NaturPur für ihren mit dem ok-power Label ausgezeichneten NaturPur-Strom light den Zuschlag.

„Wir wollen ein Signal setzen, das im Hinblick auf den schonenden Umgang mit Ressourcen zwingend erforderlich ist“, gibt Bürgermeister Dr. Herbert Kränzlein als Beweggrund für diese Entscheidung an. „Wir sind auch in der Lokalen Agenda 21 aktiv und unterstützen deren Ziele einer nachhaltigen Handlungsweise.“ Der Liefervertrag hat eine Laufzeit von zunächst zwölf Monaten.

Die HEAG NaturPur AG ist bei der Versorgung öffentlicher Einrichtungen mit Ökostrom Marktführer in Deutschland: 20 Kommunen und drei Landkreise decken bereits zwischen zehn und hundert Prozent ihres Strombedarfs mit NaturPur-Strom. Damit leistet die öffentliche Hand auf einfache Art und Weise einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und übernimmt eine Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger.

Infos unter: www.naturpur-ag.de

N-ERGIE beteiligte sich an den Altbautagen Mittelfranken

Den Charme eines alten Hauses erhalten, aber technisch auf dem neuesten Stand - dies sind die Idealanforderungen an gelungene Altbauanierung. Die N-ERGIE Aktiengesellschaft beteiligte sich an den Altbautagen Mittelfranken, die am 28. und 29. Februar im Berufsbildungs- und Technologiezentrum der Handwerkskammer für Mittelfranken in Nürnberg stattfanden.

Am Stand der N-ERGIE informierten die Berater über Heizungsumstellung, die richtigen Wärmedämmungsmaßnahmen und Förderprogramme, die in Anspruch genommen werden können. Die seit Februar 2002 geltende Energieeinsparverordnung (EnEV) betrachtet die energetischen Anforderungen an ein Gebäude und an die Anlagentechnik erstmals ganzheitlich. Dies bedeutet, dass ein weniger hoher Standard im baulichen Wärmeschutz durch eine effizientere Anlagentechnik ausgeglichen werden kann.

Schonende Fernwärme

Fernwärme ist eine besonders umweltschonende Wärmequelle. Die EnEV sieht vor, dass der Jahres-Primärenergiebedarf bei Gebäuden nicht beschränkt wird, wenn sie zu mindestens 70 Prozent mit Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplung versorgt werden. Mit einem Kraft-

Wärme-Kopplungsanteil von 84,8 Prozent für das Jahr 2002 fällt die N-ERGIE Fernwärme unter diese Bestimmung. Dies bedeutet für Bauherren, die Sanierungsarbeiten planen, weite Entscheidungsspielräume, wo und wie stark sie in Wärmedämmung investieren wollen. Beispielsweise kann so auf Fassadendämmung, die den Charakter eines Fachwerk- oder Backsteingebäudes zerstören würde, verzichtet werden.

Gas- und Dampftechnologie

In der Nürnberger Altstadt sowie den Stadtteilen Langwasser, St. Leonhard, Steinbühl und Röthenbach versorgt das mehr als 270 Kilometer lange Nürnberger Fernwärmenetz rund 122.000 Menschen mit der komfortablen Wärme. Im nächsten Jahr wird das Heizkraftwerk in Nürnberg-Sandreuth von Kohlebefeuerung auf moderne und besonders umwelt-

schonende Gas- und Dampf-Technologie umgestellt.

Minderungsprogramm

Wer bei anstehenden Gebäudesanierungen von Öl, Kohle, Koks oder Elektrospeicherheizungen auf Fernwärme oder Erdgas-Brennwerttechnik umstellt, kann als N-ERGIE Kunde auf das CO₂-Minderungsprogramm zurückgreifen. Neben Heizungsumstellungen bezuschusst das Programm u.a. auch Wärmedämmmaßnahmen. Die N-ERGIE Berater informieren bei den Altbautagen über die Voraussetzungen für die Förderung durch das CO₂-Minderungsprogramm und halten für die Interessenten eine Broschüre über das Programm bereit.

Zusätzlich können N-ERGIE Kunden das Erdgasförderprogramm der N-ERGIE mit einem Zuschuss in Höhe von 500 Euro in Anspruch nehmen, wenn sie ihre Heizung von einem anderen Energieträger auf Erdgas umstellen. Aufgrund der großen Nachfrage wurde das Erdgasförderprogramm bis 30.4.2004 verlängert. **ZE**

Keine Fesseln für die Kommunalwirtschaft

Städtetag kündigt Ausstieg aus der „Clearingstelle“ an Staatsregierung will Konkurrenzschutz für Privatwirtschaft schaffen

Der Bayerische Städtetag lehnt die Pläne der Staatsregierung ab, die Privatwirtschaft vor unternehmerischen Aktivitäten der Stadtwerke gesetzlich zu schützen. Falls die Staatsregierung bei ihrer Haltung bleibt, wird der Städtetag aus der bestehenden Clearingstelle für Streitfragen zwischen kommunaler und privater Wirtschaft aussteigen.

Durch eine Novelle des bayerischen Mittelstandsförderungsgesetzes will die Staatsregierung privaten Unternehmen Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten geben, um mögliche Verstöße der Stadtwerke gegen das Kommunalrecht überprüfen lassen zu können.

„Soll-Formulierung“

Vor Erhebung einer solchen sog. Drittschutzklage eines Privaten gegen ein Stadtwerk soll eine Einigung der Beteiligten vor einer Clearingstelle angestrebt werden. Diese „Soll-Formulierung“ wurde gewählt, weil das Land ein derartiges Einigungsverfahren mangels Gesetzgebungskompetenz nicht zwingend anordnen kann.

Seit Mai 2002 gibt es bereits eine „Clearingstelle“, die freiwillig in Absprache zwischen Innen- und Wirtschaftsministerium, den Verbänden der Privatwirtschaft, den Kammern und den kommunalen Spitzenverbänden eingerichtet wurde. Würde man die Clearingstelle gesetzlich institutionalisieren, bekäme sie eine neue Rechtsqualität.

Keine Zwischenlösung

Die Städte sind der Meinung, dass der Landesgesetzgeber die Entscheidung in Streitfällen den Verwaltungsgerichten überlassen muss, wenn er tatsächlich einen gesetzlichen Drittschutz einführt. Eine Art „Zwischenlösung“ mit dem Ziel, das entstehende Konfliktpotential auf eine Clearingstelle abzuwälzen, wird abgelehnt.

In erster Linie erwarten die Städte aber, dass der Ministerrat den Gesetzentwurf ohne die Drittschutz- und Vorverfahrensklausel im Landtag einbringt. Der Drittschutz hätte nämlich

Rechtsunsicherheit und Lähmung der kommunalwirtschaftlichen Betätigung zur Folge. Es wäre ein gesetzlich institutionalisierter Konkurrenzschutz der Privaten vor der kommunalen Wirtschaft.

Mut zu mehr Kooperationen

Anstelle einer Auseinandersetzung vor den Verwaltungsgerichten fordert der Bayerische Städtetag seit längerer Zeit mehr Kooperationen zwischen den Stadtwerken und dem örtlichen Mittelstand. Damit wäre beiden Seiten gedient.

Die kommunalen Unternehmen könnten ihre Kernaufgabengebiete sinnvoll abrunden. Gleichzeitig böte eine verstärkte Kooperation für mittelständische Unternehmen in Zeiten der Globalisierung eine sicherere Auftragslage. Ein gesetzlicher Drittschutz wäre das Ende dieser sinnvollen Zusammenarbeit.

Widersprüchliches

Der Drittschutz würde auch der aktuellen europarechtlichen Debatte zur Daseinsvorsorge zuwiderlaufen. Das Europäische Parlament hat vor kurzem Richtlinien zur Liberalisierung der Wasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallbeseitigung deutlich abgelehnt. Zugleich hat die Kommission einen neuen Beihilferahmen angekündigt, der Zuschüsse für viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge vom Zugriff des europäischen Wettbewerbsregimes ausnehmen will.

Es wäre höchst widersprüchlich, wenn die EU Spielräume für die kommunale Daseinsvorsorge einräumt, während der bayerische Landesgesetzgeber der Kommunalwirtschaft neue Fesseln anlegt. **IBST**

KWFZ:

Infoveranstaltung zu Windkraft-Anlagen

Am 15. März findet um 15 Uhr im Toscana-Saal der Residenz zu Würzburg eine Informationsveranstaltung des Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums Würzburg (KWFZ) statt. Rechtsanwalt Wolfgang Baumann wird über das Thema „Windkraftanlagen: Standortwahl - Planungsrechtliche Rahmenbedingungen“ referieren.

Praktische Anforderungen

Trotz der Privilegierung von Windkraftanlagen im Baugesetzbuch haben Standorte für Windkraftanlagen rechtlich nur dann Bestand, wenn sie mit den planungsrechtlichen Rahmenbedingungen im Einklang stehen. Rechtsanwalt Baumann wird anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung die praktischen Anforderungen an die Regelung der Standortbedingungen darstellen und fallbezogene Hinweise zu deren Umsetzung geben. **ZE**

Jahrespressekonferenz der Flughafen München GmbH:

Münchner Airport mit deutlichen Zuwächsen

Nach einem Jahr der Stagnation ist der Münchner Flughafen Franz Josef Strauß im vergangenen Jahr wieder deutlich gewachsen. Mit knapp 24,2 Millionen Passagieren - über eine Million mehr als im Vorjahr - und rund 343.000 Starts und Landungen im gewerblichen Luftverkehr hat der Münchner Flughafen im abgelaufenen Betriebsjahr neue Höchstmarken erzielt, erläuterte Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, bei der Jahrespressekonferenz der FMG.

Bei den Fluggästen legte der Flughafen München um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, bei den Flügen betrug die Steigerungsrate 3,7 Prozent. Ein leichtes Plus von 0,5 Prozent wird aus der Luftfracht vermeldet. Hier wurden inklusive der per Lkw beförderten Waren insgesamt knapp 247.000 Tonnen Luftfracht umgeschlagen. Damit konnte der Airport trotz unverändert schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen an seine bisherigen Wachstumserfolge anknüpfen.

Während viele andere eu-

ropäischen Luftverkehrsdreh-scheiben stagnierende bzw. teilweise sogar rückläufige Passagierzahlen melden, gehörte München 2003 zu den wenigen Airports unter den „Top Ten“ in Europa, die deutliche Zuwächse verbuchen konnten. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Münchner Flughafen in der Rangliste der aufkommensstärksten Airports dadurch wieder auf die achte Position verbessert.

„Historische Zäsur“

Mit Blick auf die Inbetriebnahme von Terminal 2 am 29.

Juni 2003 sprach Kerkloh von einer „historischen Zäsur in der Entwicklung des Münchner Flughafens“.

Nach dem erfolgreichen Start des neuen Terminals, das die FMG zusammen mit der Deutschen Lufthansa AG betreibt, setzen die Airport-Manager jetzt in beiden Abfertigungsgebäuden auf eine Fort-

Bei den anstehenden Umbaumaßnahmen geht es in erster Linie um eine bessere Positionierung der gastronomischen Einrichtungen und Einzelhandelsgeschäfte. Darüber hinaus werden im Zuge der Modernisierung auch die erforderlichen Installationen für eine integrierte hundertprozentige Gepäckkontrolle durchgeführt.

In den Modulen C und D sollen die Baumaßnahmen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden, A und B sollen im kommenden Jahr folgen. FMG-Chef Kerkloh zum dualen Münchner Konzept: „Mit den beiden unterschiedlich ausgerichteten, hochmodernen Terminals ist der Flughafen München bestens für den internationalen Wettbewerb aufgestellt.“

Höhere Gesamterlöse

Der Aufwärtstrend bei den Verkehrszahlen schlug sich auch im Umsatz der Flughafen München GmbH positiv nieder: Die Gesamterlöse stiegen im Jahr 2003 nach vorläufigen Berechnungen auf rund 618 Millionen Euro.

Anders als in den zurückliegenden sechs Betriebsjahren, in denen Jahresüberschüsse erwirtschaftet werden konnten, wird für 2003 aufgrund der erheblichen Investitionskosten für Terminal 2 ein negatives Jahresergebnis ausgewiesen werden. Der Verlust nach Abschreibungen wird voraussichtlich rund 51 Millionen Euro betragen. **DK**

Landkreis Lichtenfels:

Erfolgreiches Fifty-Fifty-Bus- und Taxiprojekt

Seit Einführung dieses bayernweit einmaligen Projektes am 19. April 2002 bis Ende 2003 haben rund 23.000 Jugendliche des Landkreises Lichtenfels dieses Angebot genutzt. „Dies ist für mich ein deutliches Zeichen, dass zum einen der Bedarf für eine solche Dienstleistung vorhanden ist, und zum anderen das Projekt auch angenommen wird von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen“, zeigte sich Landrat Reinhard Leutner, Initiator dieses Verkehrssicherheitsprojektes, erfreut. Dabei war besonders wichtig, dass die notwendige Berechtigungskarte über das Internet bestellt werden kann und kostenlos ausgegeben wird.

Zwischenzeitlich haben sich eine Vielzahl von Landkreisen und Städten über dieses Projekt und seine Umsetzung mit eGovernment-Lösungen informiert. Besonders beeindruckt zeigte sich Innenminister Dr. Günther Beckstein, der dieses Fifty-Fifty-Projekt allen bayerischen Landkreisen zur Einführung empfohlen hat.

Landrat Reinhard Leutner: „Schwere Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten gehören leider immer noch zum Verkehrsgeschehen in unserem Landkreis. Damit zumindest der Freizeit- und Diskoverkehr sicherer wird, habe ich 2002 das Fifty-Fifty-Bus- und Taxiprojekt ins Leben gerufen, das allen 16- bis 27-jährigen aus dem Landkreis Lichtenfels die Möglichkeit gibt, an den Wochenenden und an Feiertagen in der Zeit von 19.00 Uhr abends bis 5.00 Uhr morgens für Fahrten im Landkreis zum halben Preis Busse und Taxis zu nutzen.“

In den ersten 20 Betriebsmonaten wurde pro Fahrgast ein Zuschuss von 2,20 Euro bezahlt. Im Vergleich zu herkömmlichen

Freizeit- und Diskobussen ist dies ein unterdurchschnittlicher Betrag. Dennoch muss jedes Jahr die finanzielle Machbarkeit dieser freiwilligen Aufgabe überprüft werden. Die Gremien des Kreistages müssen nun in den Beratungen zum Haushalt 2004 klären, ob das Fifty-Fifty-Bus- und Taxiprojekt auch in diesem Jahr fortgeführt wird.

Ein Blick auf die Zahl der Fahrten zeigt, dass das Fifty-Fifty-Bus- und Taxiangebot das gemeinschaftliche Fahren fördert - durchschnittlich sitzen drei Ticketnutzer im Fahrzeug. Insgesamt wurden seit Einführung rund 8.000 Fahrten unternommen, die „kreuz und quer“ durch den Landkreis führten. Bemerkenswert ist jedoch, dass rund 90 % der Beförderungen nach Mitternacht erfolgten, was diese unfallträchtige Zeit ein Stück sicherer machte.

„Daher muss auch für 2004 gelten: 100% Vernunft - 50% Kosten = der sichere Weg zum Ziel!“, so Landrat Reinhard Leutner, der sich eindeutig für die Fortführung dieses Angebotes ausspricht. **☞**

führung des dynamischen Wachstumsprozesses. Während in Terminal 2 der weitere Ausbau des Drehscheibenverkehrs im Vordergrund steht, soll das Terminal 1 durch eine Reihe gezielter Umbaumaßnahmen in seiner neuen Verkehrsfunktion für die verschiedenen Varianten des Punkt-zu-Punkt-Verkehrs gestärkt und weiterentwickelt werden.

Flugbetrieb ab Herbst realistisch

air+park allgäu rechnet noch im Sommer mit Flughafen-Genehmigung Memmingen

(jm). Spätestens ab Herbst sollen die ersten Flugzeuge vom geplanten Regionalflughafen Allgäu in Memmingen abheben. Geschäftsführer und Gesellschafter der air+park allgäu GmbH & Co. KG rechnen innerhalb der nächsten fünf Monate mit einer Genehmigung durch das Luftamt Südbayern. „Ich gehe davon aus, dass wir nach dem grünen Licht aus München innerhalb von drei Monaten mit dem Flugbetrieb starten könnten“, erklärte Ralf Schmid, Geschäftsführer der air+park allgäu vor der Presse.

Aufgrund der guten Infrastruktur, die durch den früheren Militärflughafen am Standort in Memmingerberg gegeben sei, könne die Betreibergesellschaft bereits mit einem Investitionsaufwand von etwa einer Million Euro die Voraussetzungen für den Start des Sichtflugbetriebes schaffen. Um auch Ferienflieger in der Größenordnung eines Airbus A320 oder einer Boeing 737 von Memmingen aus starten und im Allgäu wieder landen lassen zu können, sind allerdings Investitionen in Höhe von insgesamt 24 Millionen Euro bis zum Jahr 2015 nötig.

„Hier sind wir auf die Unterstützung der Landespolitik angewiesen. Nur wenn sich der Freistaat über zwölf Jahre verteilt mit einem Investitionszuschuss in der Größenordnung von 17,5 Millionen Euro beteiligen kann, ist das Ziel eines selbsttragenden Betriebes erreichbar“, so Gründungsgesellschafter Wolfgang E. Schultz.

Voraussetzungen erfüllt

Vor den Investitionen steht allerdings die Entscheidung des Luftamtes Südbayern. Und hier rechnet die air+park allgäu mit einem positiven Bescheid. „Nach der offiziellen Anhörung der Bürger und Träger öffentlicher Belange haben wir weitere Gutachten beim Luftamt eingereicht, welche auf die wichtigsten Bedenken und Fragen der Einwanderer Antworten liefern“, erklärt air+park-Geschäftsführer Schmid. Bisher erfüllte der Änderungs-Antrag der air+park all-

gäu auf eine zivile fliegerische Nachnutzung des bestehenden Geländes alle Voraussetzungen für eine Genehmigung.

„Es gibt keinen einzigen Punkt, der eine grundsätzliche Ablehnung unseres Antrages zur Folge hätte“, so Schmid Geschäftsführerkollege Karl-Roman Berlinghof. Alle neu vorgelegten Gutachten wie eine Relevanzuntersuchung zu den Auswirkungen auf die Luftschadstoffsituation, eine Lärmmedizinische Stellungnahme, eine sogenannte Flora-Fauna-Habitat-Verträglichkeitsprüfung, eine gutachterliche Stellungnahme zu den geplanten Eingriffen für Pflanzen und Tiere und eine Umwelterheblichkeitsstudie kommen zu dem Ergebnis, dass die zivile fliegerische Nachnutzung des früheren Militärflugplatzes weder gesundheitsschädliche Auswirkungen für Menschen, noch relevante umweltschädliche Auswirkungen für die Natur haben.

Sinnvolle Nutzung

„Mit einer grünen Wiese verglichen schneidet ein Verkehrsflughafen bei der Umweltverträglichkeit immer schlechter ab. Aber letztlich geht es darum, einen ehemaligen Militärflugplatz sinnvoll weiterzunutzen. Und im Vergleich zu den früheren Belastungen liegen die künftigen Schadstoff- und Lärm-Immissionen bei einem geringen Bruchteil von dem, was die Bürgerinnen und Bürger bisher aushalten mussten“, stellte Schultz klar. **☞**

Städte wollen mehr Entscheidungsfreiheit beim ÖPNV

Die Städte haben die Europäische Union erneut aufgefordert, es ihnen zu überlassen, ob sie Verkehrsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durch eigene Unternehmen erbringen oder in einem europaweiten Wettbewerbsverfahren ausschreiben. Das Europäische Parlament und der Rat der Verkehrsminister sollten rasch eine Marktöffnungsverordnung für den ÖPNV auf den Weg bringen. Damit würde für die Städte und ihre Verkehrsunternehmen die notwendige Rechtssicherheit geschaffen.

Vorerst gescheitert sind die seit Jahren laufenden Bestrebungen, die schwierigen Abgrenzungsfragen zwischen eigenwirtschaftlichen (nicht ausschreibungspflichtigen) und gemeinwirtschaftlichen (ausschreibungspflichtigen) Verkehrsdiensten im deutschen kommunalen ÖPNV durch höchstrichterliche Rechtsprechung zu klären. Der Europäische Gerichtshof hatte in einem Urteil vom 24. Juli 2003 grundsätzlich bestätigt, dass deutsche Kommunen für Nahverkehrsunternehmen im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr öffentliche Zuschüsse zahlen dürfen, ohne dabei zwingend ausschreiben oder die Zahlungen der Kommission vorher melden zu müssen.

Das Bundesverwaltungsgericht hätte im nächsten Schritt klären müssen, ob das deutsche Personenbeförderungsgesetz den Vorgaben der Luxemburger Richter konkret Rechnung trägt. Im Dezember 2003 erklärten die obersten deutschen Verwaltungsrichter jedoch die vorausgehenden Urteile für wirkungslos, weil sich der Rechtsstreit wegen Auslaufens der umstrittenen Linienverkehrsgenehmigungen erledigt hatte. Die kommunale Verkehrsbranche müsste nun wieder warten, bis das Bundesverwaltungsgericht einen weiteren konkreten Fall zu entscheiden hat. Eine solche Hängepartie wäre unzumutbar.

Rechtssicherheit erwarten sich die Städte und ihre Verkehrsunternehmen jetzt von einer europaweiten Marktöffnungsverordnung, die dem Grundgedanken der sogenannten marktorientierten Direktvergabe kommunaler Verkehrsdienstleistungen Rechnung trägt.

Wahlmöglichkeit in Sicht

Bereits im November 2001 hatte sich das Europäische Parlament dafür ausgesprochen, den Kommunen mit eigenen Verkehrsunternehmen das Recht einzuräumen, frei zu entscheiden, ob sie die Verkehrsdienstleistungen durch das eigene Unternehmen erbringen oder ob sie diese Dienste ausschreiben wollen. Diese Wahlmöglichkeit soll allerdings nur dann gelten, wenn die Leistungen auf das Stadtgebiet beschränkt sind.

Wird dagegen die Ortsgrenze der Kommune überschritten, so müsste aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit ausgeschlossen werden. Dieses Recht zu einer „marktorientierten Direktvergabe“ haben die Europaparlamentarier in einer umfassenden Entscheidung zur Zukunft der Daseinsvorsorge vom 14. Januar 2004 eindrucksvoll bestätigt.

Der Deutsche Städtetag hat jetzt Brüssel, Berlin und die Bundesländer aufgefordert, die seit längerer Zeit geplante europaweite ÖPNV-Marktöffnungsverordnung mit dem Recht zur marktorientierten Direktvergabe noch während der derzeitigen Amtszeit der Europäischen Kommission auf den Weg zu bringen. **IBSt**

Alpenkonvention:

Naturgefahren im Alpenraum meistern

Die Alpenkonvention bietet die ideale Plattform für alle Alpenländer, Naturgefahren gemeinsam zu meistern, betonte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf heute zum Abschluss der Tagung des Ständigen Ausschusses der Alpenkonferenz in Innsbruck. Schnappauf: „Vor dem Hintergrund der vermehrt auftretenden Unwetterereignisse und des Klimawandels rückt bei der Programm-Umsetzung das Thema Naturgefahren immer mehr in den Mittelpunkt.“

Der Minister drängte darauf, grenzüberschreitende Maßnahmen der Gefahren-Früherkennung und -abwehr schneller und wirksamer umzusetzen. Dazu soll bei der Herbsttagung eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt werden.

ABIS-Aufbau

Bayern beteiligt sich auch intensiv am Aufbau des Alpenbeobachtungs- und -informationssystems (ABIS) in der Außenstelle des Ständigen Sekretariats in Bozen. Ziel des ABIS ist es, die Entwicklung der Umwelt im Alpenraum objektiv zu erfassen. Dazu werden Daten u.a. über die alpenspezifische Vielfalt von Pflanzen- und Tierarten, die Häufigkeiten der jährlichen Lawinen- und Murenabgänge oder die Anzahl grenzüberschreitender ÖPNV-Verbindungen erhoben. Die Daten dienen als Entscheidungsgrundlage für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung in den Alpen, so Schnappauf. **☞**

Informationssystem

Bayern setze sich als einziges Mitglied der deutschen Delegation mit Alpenanteil nachdrücklich für die Behandlung der Naturgefahren-Problematik ein, so Schnappauf. Das bayerische Umweltministerium hat dazu 2003 ein fachübergreifendes „Informationssystem Alpine Naturgefahren (IAN)“ entwickelt. Das Informationssystem soll dazu dienen, vor Ort das Risikobewusstsein für alpine Naturgefahren zu schärfen. Lawinen, Hochwasser, Muren und Hangrutsche sind dauerhafte Bedrohungen im Alpenraum. Nach Schnappaufs Worten inve-



Sicherheit bei der Aufbewahrung von Fahrrädern sowie umfangreiche Möglichkeiten der Zuweisung bestimmter Plätze bietet das ausgeklügelte System von Orion.

Vollelektronisch Fahrräder parken

Stellen Sie sich einmal vor, Sie finden als Radler an Ihrem Zielpunkt bereits einen nur für Sie reservierten Fahrradparkplatz vor! Unmöglich? Zukunftsvision? Nein: Realität! Unter dem Markennamen VeloPark bietet die Firma ORION Bausysteme GmbH mit Geschäftssitz in Biebesheim ein innovatives Konzept eines vollelektronischen Schließsystems für Fahrradparkplätze an, das neben einer Vielzahl anderer Betriebsvarianten genau diese Möglichkeit der Vorreservierung von Fahrradparkplätzen bietet.

Bei dieser Entwicklung bestand von Anfang an die Absicht, einen aktiven Beitrag zum Diebstahlschutz zu leisten, und zwar unter der Prämisse, dass jeder in das System involvierte Radler die Möglichkeit hat, jederzeit einen sicheren Parkplatz für sein Fahrrad an beliebigen Stationen reservieren und bedarfsgerecht nutzen zu können. Das System VeloPark verknüpft die Vorteile von konventionellen Fahrradabstellanlagen mit Wunschvorstellungen der Radfahrer. Es bietet im Rahmen eines innovativen Parkplatz-Managements Sicherheit bei der Fahrradaufbewahrung

und eine vollelektronische Systemüberwachung in Verbindung mit Systemkonfigurationen, die entsprechend den jeweiligen Betreiberanforderungen programmiert werden können.

VeloPark ist nicht nur für das individuelle Fahrradparken in der Vernetzung mit dem ÖPNV konzipiert, sondern bietet zudem umfassende, bisher nicht da gewesene Möglichkeiten für die Zuweisung bestimmter Parkplätze z.B. in Fahrrad-Mietstationen, bei Firmen- und Behördenparkplätzen, in ertragsorientiert betriebenen Radstationen, oder in Fahrradkellern von Universitäten, Mietshäu-

sern u.v.m. Parken und Abholen des Fahrrades wird über ein benutzergeführtes, mehrsprachiges PC-Display abgewickelt. Das patentierte VeloPark-System ermöglicht eine kinderleichte Bedienung mit digitalem Schlüssel und bietet höchste Akzeptanz durch individuelle Betreiberlösungen.

VeloPark wird grundsätzlich in Edelstahl-Ausführung angeboten, ist im öffentlichen Raum mit oder ohne Überdachungselemente aufstellbar und für den Einsatz im Freien wie in geschlossenen Räumen geeignet. Der Aufwand für Bau und Unterhaltung ist denkbar gering.

Weitere umfassende Informationen bei: ORION Bausysteme GmbH Waldstraße 2, 64584 Biebesheim am Rhein, Telefon: 06258/80201, Telefax: 06258/80236, e-mail: info@orion-bausysteme.de, homepage: www.orion-bausysteme.de.

„Zügig in den Bayerischen Wald“

Tagung des Verkehrsclub Deutschland (Landesverband Bayern) in Regensburg

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD), Landesverband Bayern, veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Regensburg eine Tagung in Regensburg zum Thema „Zügig in den Bayerischen Wald“. Dabei ging es um umweltverträgliche Mobilität in Fremdenverkehrsgebieten.

„Umweltverträgliche Mobilität ist ein Lebenselixier für Tourismusregionen“, betonte Matthias Striebich, stellvertretender Landesvorsitzender des VCD Bayern, in seinem Einführungsstatement.

Peter Westenberger stellte die Kooperation „Fahrtziel Natur“ zwischen der DB AG und Umweltverbänden vor. „Fahrtziel Natur“ fördert die umweltverträgliche Anreise zu den deutschen Nationalparks, unter anderem in den Bayerischen Wald. Striebich kündigte an, dass der Bayerische Wald 2004 von der Kooperation schwerpunktmäßig beworben wird - ein positiver Ausblick für die Region.

Beispiele für verträgliche Mobilität

Herausragende Beispiele aus der Region Bayerischer Wald wie das Bayerwald-Ticket, die Wald-Bahn oder die Igel-Busse wurden von Christina Wibmer-Schmidt vom Landratsamt Regensburg, Karl Barthmann von der Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald, Günter Neumayer vom RBO und Beate Wolf von der DB AG vorgestellt. Gleichzeitig wurden auch positive Ansätze aus an-

deren Regionen präsentiert, zum Beispiel das Verkehrskonzept von Oberstdorf, durch das der Autoverkehr in der Gemeinde erheblich zurückging oder die Rad-Busse von Frankenthal-mobil.

Frankenwald-Problematik

Im Frankenwald bestand das Problem, dass die Bahn zwar den Frankenwald um-, ihn aber zu wenig erschloss. Der ÖPNV ist lediglich auf die Kreisstädte bzw. Schulstandorte ausgerichtet und damit landkreisüberschreitend kaum vorhanden. Die Mobilitätsbedürfnisse innerhalb des Freizeitverkehrs konnten nicht mit dem vorhandenen ÖPNV-Netz (vor allem an Wochenenden) erfüllt werden.

Wegfall des Bus-Angebots

Bis Mitte der 90er wurden Mobilitätsbedürfnisse von Urlaubsgästen zwar noch durch Ausflugsbusse abgedeckt. Eine Problemverschärfung ergab sich jedoch dadurch, dass mit Einbruch der Gästezahlen - vor allem in Bad Steben auf Grund der Gesundheitsreformen - dies auch nicht mehr möglich war. Zu wenige Gäste zog eine zu

geringe Nachfrage für Busse nach sich, was wiederum den Wegfall des Angebotes zur Folge hatte.

Bad Steben als Drehscheibe

2001 schließlich wurde das Frankenwald-mobil-Netz geboren. Drehscheibe ist Bad Steben, die Netzlänge setzt sich zusammen aus 161 Kilometer Fahrradbuslinie und 207 Kilometer Bahnlinien. Gastankstellen wurden errichtet, darüber hinaus erfolgte eine Umstellung auf Gasbusse. 2002 wurde das Netz mit dem Bayerischen Nahverkehrspreis ausgezeichnet.

Vernetzung ermöglicht

Die Tagung hatte das Ziel, positive Ansätze und Beispiele für verträgliche Mobilität aufzuzeigen und Erfahrungen auszutauschen. Außerdem sollte eine Vernetzung der Erfahrungsträger innerhalb der Regionen und mit anderen Regionen ermöglicht werden. „Dieses Ziel haben wir erreicht“, betont der VCD in seinem Resümee. Allerdings könne eine Tagung immer nur der Anfang von weiteren Schritten in die richtige Richtung sein. Dafür seien die ausgetauschten Erfahrungen und geknüpften Kontakte eine sehr gute Voraussetzung. DK

VDV zu ÖPNV-Finanzierung:

Für „marktorientierte Direktvergabe“

Chance zur Einigung auf europäischer Ebene soll kurzfristig genutzt werden

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sieht die Chance, den europäischen Rechtsrahmen für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu modernisieren und fordert die Bundesregierung auf, sich im Europäischen Ministerrat für eine Änderung der bisherigen, aus dem Jahre 1969 stammenden, EWG-Verordnung einzusetzen. Grundlage für die Reform der Europäischen Verordnung sollten nach Ansicht des Verbandes die vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) in einem Grundsatzurteil vom 24. Juli 2003 entwickelten Leitlinien sein. „Der EuGH hat die ‚marktorientierte Direktvergabe‘ ausdrücklich als gleichberechtigte Alternative zum öffentlichen Ausschreibungsverfahren als europarechtskonform anerkannt“, betonte VDV-Präsident Dipl.-Kfm. Günter Elste bei der Jahrespressekonferenz seines Verbandes.

Damit könne das laufende Verordnungsgebungsverfahren zur künftigen Marktordnung im ÖPNV, das seit nunmehr über zwei Jahren im Verkehrsministerrat festgefahren sei, zügig zum Abschluss gebracht werden. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hatte ihren ersten Verordnungsvorschlag zur Änderung der Verordnung bereits im Juli 2000 vorgelegt.

Dort war, vereinfacht ausgedrückt, die Vergabe von Verkehrsleistungen fast ausschließ-

62 Millionen Euro für ÖPNV

Die Regierung von Schwaben hat 2003 insgesamt 62 Mio. Euro für Verbesserungen im ÖPNV ausgegeben. Das sind rund 3 Mio. mehr als im Vorjahr.

Das Fördersystem des ÖPNV besteht aus verschiedenen Programmen. Gefördert werden Investitionen in Bauvorhaben und Schienenfahrzeuge, die Beschaffung von Omnibussen, Fahrpreisermäßigungen für Personen in Ausbildung, Angebotsverbesserungen durch die Aufgabenträger und Kooperationen bei Fahrplan und Tarif. Hauptposten waren Bau-Investitionsförderung (rund 17 Mio.), Busse (ca. 12 Mio.), an Busunternehmen gingen nochmals 22 Mio., den Aufgabenträgern wurden fast 9 Mio. zugewiesen.

lich im Wege des Ausschreibungswettbewerbs unter Berücksichtigung von Übergangsfristen vorgesehen. Das Europäische Parlament beschloss im November 2001 in erster Lesung 96 Abänderungsanträge und forderte eine Option der Eigenproduktion durch (kommunale) Gebietskörperschaften nebst einer rechtssicheren Abgrenzung der neuen Verordnung zum allgemeinen Vergaberecht. Daraufhin änderte die Kommission im Februar 2002 ihren Vorschlag leicht ab. Sie lehnte einen Großteil der Voten des Parlaments ab und hielt - trotz einiger weniger Kompromissangebote - insbesondere an ihrer Forderung fest, ÖPNV-Verkehrsleistungen künftig grundsätzlich im Rahmen von Ausschreibungsverfahren zu vergeben. Im Verkehrsministerrat zeichnete sich vor der EuGH-Entscheidung weder eine qualifizierte Mehrheit für die Beschlüsse des Parlaments noch für den geänderten Kommissions-Vorschlag ab.

Spannungsverhältnis zweier Ordnungsprinzipien

„Der Gerichtshof hat sich in seinem Urteil mit dem Spannungsverhältnis zwischen wettbewerbsorientierter Marktwirtschaft und der Freiheit der Mitgliedstaaten zur Gestaltung gemeinwohlorientierter Dienstleistungen, die nicht allein kommer-

ziellen Erwägungen folgen, befasst“, erklärte der VDV-Präsident. Die Lösung dieses auch im EG-Vertrag selbst vorhandenen Spannungsverhältnisses zweier scheinbar widersprüchlicher Ordnungsprinzipien - hier der Freiraum der Mitgliedstaaten zur Gestaltung gemeinwohlorientierter Dienstleistungen, dort der wettbewerbsorientierte Binnenmarkt - sehe der EuGH darin, dass beide Prinzipien miteinander in Einklang zu bringen seien. Das bedeute für den ÖPNV: (Kommunale) Gebietskörperschaften dürften Verkehrsunternehmen mit ÖPNV-Betriebsleistungen grundsätzlich auch dann betrauen, wenn die Auswahl des betrauten Unternehmens nicht in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren getroffen worden sei.

Die zulässigen Ausgleichszahlungen der öffentlichen Hand an diese ohne Ausschreibung ermittelten Unternehmen für deren im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen seien aber limitiert: Der EuGH begrenze die beihilfe-rechtlich unbedenkliche Höhe von Ausgleichszahlungen am Maßstab der Kosten eines „durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens“. Damit werde im Ergebnis, betonte Elste, eine „marktorientierte“ Steuerung der Betrauung von Unternehmen mit ÖPNV-Betriebsleistungen erzwungen; nämlich eine „marktorientierte Direktvergabe“.

Der VDV ist der Ansicht, dass diese vom EuGH ausdrücklich als europarechtskonform anerkannte Variante Eingang in die EU-Verordnung finden müsse. Die Umsetzung könne und solle nun zügig vorangetrieben werden, denn bereits im Frühsommer 2004 werde ein neues Europäisches Parlament gewählt und eine neue Kommission gebildet. Es stehe zu befürchten, dass danach erhebliche Verzögerungen in Kauf genommen werden müssten.

Weltmesse Bauma feiert 50jähriges Jubiläum

Weltweit größte Baumaschinenmesse vom 29. März bis 4. April in München

Die Erfolgsstory der Weltmesse bauma beginnt 1954 mit 58 Ausstellern, 8.000 Fachbesuchern und 12.000 Quadratmetern Freigelände auf der Münchner Theresienhöhe. 50 Jahre später stehen dem Veranstalter Messe München 500.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche in den Hallen und auf dem Freigelände der Neuen Messe München zur Verfügung. Die bauma ist damit die größte Baumaschinenmesse der Welt und internationaler Branchentreff für die Präsentation neuester Bau- und Baustoffmaschinen, Baufahrzeuge und Baugeräte. Mit der bauma mining wird die bauma 2004 zudem um ein umfassendes Angebot an innovativen Technologien für die Bergbaumaschinenindustrie erweitert.

Mehr Aussteller, mehr Internationalität, mehr Besucher - die bauma 2004 wird größer als je zuvor. Erwartet werden mehr als 2.600 Aussteller, davon 52 Prozent aus dem Ausland, 45 ausstellende Länder sowie mehr als 400.000 Besucher.

bauma mining

Erstmals präsentiert sich im Freigelände Nord die Bergbaumaschinenindustrie mit einem eigenen Messeauftritt auf der bauma mining. In diesem durch eine separate Kennzeichnung gestalteten Teil des Messegeländes zeigen rund 100 Firmen neueste Maschinen für die Mining-Industrie. Davon sind etwa 85 Unternehmen erstmals auf der Messe vertreten.

Schwerpunkte

Schwerpunkte sind der untertägige Bergbau und die Aufbereitungstechnik. Zusätzlich zeigen weitere 330 Aussteller auf dem Gelände der bauma Produkte aus dem Mining-Segment. Damit sind die weltweit wichtigsten Bergbaulieferer in München vertreten.

Lader, Tunnelbohrmaschinen und Bagger werden nicht nur zum Bau von Straßen- und Eisenbahntunneln eingesetzt. Sie kommen, teilweise modifiziert, auch im Bergbau zum Einsatz. Neu auf der bauma mining sind deshalb die Produkte, die durch den Bereich Tunnelbau bisher nicht abgedeckt waren. Dazu zählt der gesamte Komplex der Gewinnung.

Langfrontabbau

Gezeigt werden die neuesten Maschinen für den Strebbau oder Langfrontabbau. Das sind Geräte, die an einer in der Regel etwa 100 bis 300 Meter langen Front längs einer Stollenwand kontinuierlich Material, meist Kohle oder Salz, abbauen. Zu diesem sogenannten kontinuierlichen Untertagebergbau zählt auch die Abstützung der Fronten durch einen hydraulischen Schreitausbau. Im Zusammenspiel zwischen Gewinnung, Abförderung und Ausbau werden zunehmend teil- oder vollautomatische Steuerungen eingesetzt.

Vorgestellt werden auf der Messe darüber hinaus Ausrüstungen für den diskontinuier-

lichen Untertagebau, wie den Kammerpeiler- oder Gangerzabbau. Bei ihnen wird das Material durch den Vortrieb von Örttern oder Strecken genannten Stollen in der Lagerstätte gewonnen. Zu sehen sind unter anderem programmgesteuerte Bohrwagen und Sprengstoffladefahrzeuge. Um das gesprengte Material an die Förderanlagen zu übergeben, werden auch Fahrlader eingesetzt. Den Fachbesuchern der bauma mining werden 2004 in München die neuesten Entwicklungen im Bereich der sogenannten mannlosen Fahrlader - also Maschinen ohne Fahrer - präsentiert.

Tunnelbohrmaschinen

Weiter auf dem Ausstellungsprogramm stehen angepasste Tunnelbohrmaschinen, die Material durch einen kontinuierlichen Prozess aus dem Berg fräsen. Die am weitesten auf die speziellen Bedürfnisse des Bergbaus zugeschnittene Teilschnittmaschine ist der Continues Miner. Anders als bei üblichen Maschinen, wo ein oder mehrere Fräsköpfe an dem Ortsbrust genannten Stollenende das Material gewinnen, wird beim Continues Miner auf der ganzen Stollenbreite abgebaut. Ein Vorteil, der je nach den geologischen Gegebenheiten genutzt wird und den Ertrag steigert.

Bereich Logistik

Ebenfalls zum Warenangebot gehören Geräte und Maschinen für die Bereiche Logistik und Hilfsprozesse. Dazu zählt das Herstellen von Schächten und Hauptzugangsstrecken, die Versorgung mit Frischluft, das Abpumpen des zuströmenden Wassers sowie der Umschlag und Mannschaftstransport. Vorgestellt

werden zum Beispiel die neuesten, entweder elektrisch oder mit Diesel betriebenen Einschienenhängebahnen, die der Beförderung von Menschen und Material Untertage dienen. Diese können, sofern die Größe des Tunnelquerschnitts den Einsatz anderer Transportmittel nicht erlaubt, auch im normalen Tunnelbau Anwendung finden.

Tagebau

Ein weiterer großer neuer Produktbereich zeigt Maschinen und Geräte für den Tagebau. Der kontinuierliche Abbau erfolgt entweder mit Eimerkettenbaggern oder Schaufelradbaggern. Für beide Maschinen werden Lösungen zur Prozessoptimierung und weiteren Automatisierungen vorgestellt. Weiterentwicklungen sind insbesondere im Bereich der Surface-Miner zu erwarten. Diese Maschinen, bei denen mit einer Walze das unter ihnen liegende Flöz kontinuierlich weggefräst und so Material gewonnen wird, finden dort Verwendung, wo sich wegen der Beschaffenheit der Lagerstätten der Einsatz von Großgeräten, wie Schaufelrad- oder Eimerkettenbaggern, nicht lohnt.

Aufbereitungstechnik

Der gesamte Bereich der Aufbereitungstechnik stellt einen weiteren Schwerpunkt der Messe dar. Sie dient dazu, das gewonnene Material entweder zum sofortigen Verbrauch oder zur Weiterverarbeitung, beispielsweise in Hüttenwerken, aufzubereiten.

Ebenfalls auf dem Programm stehen Maschinen für den diskontinuierlichen Tagebau. Dabei wird das Material durch Bohren und Sprengen gewonnen, mit Großhydraulik-, Seil- oder Schürfkübelbaggern aufgenommen und anschließend meist auf große Dumper abgekippt. Eine relativ neue Entwicklung in diesem Bereich sind Inpitcrusher, d. h. mit Förderbändern ausgerüstete mobile Backen- oder Kreiselbrecher. **KI**

Bilanz Winterdienst

„Bei starken Schneefällen in ganz Bayern kostet der Winterdienst auf dem gesamten Netz der Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen an einem einzigen Tag 2 Millionen Euro. Im letzten Winter wurden für Streuen und Räumen allein auf den bayerischen Autobahnen 14,3 Millionen Euro aufgebracht“, bilanzierte Innenstaatssekretär Georg Schmid in München.

Der Winterdienst für die Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen kostet in Bayern in einer Winterperiode durchschnittlich 50 Millionen Euro. Das gesamte Straßennetz der bayerischen Straßenbauverwaltung beträgt 25.600 km.

Auf den einzelnen Straßenkilometer entfallen demnach rund 2000 Euro für den Winterdienst. Diese verteilen sich etwa zu gleichen Teilen auf Kosten für das Streusalz sowie auf die Lohn- und Fahrzeugkosten. Die 3.707 Arbeiter in den Autobahn- und Straßenmeistereien leisten im Winterdienst rund 570.000 Einsatzstunden. 1.356 Fahrzeuge stehen für die Räum- und Streueinsätze bereit, davon 513 Fahrzeuge von privaten Unternehmen.

280.000 Tonnen Salz

Die Räum- und Streufahrzeuge fahren in einer Winterperiode nahezu acht Millionen Kilometer und streuen dabei 280.000 Tonnen Salz in möglichst umweltschonender Dosierung. Drohen bei extremen winterlichen Verhältnissen dennoch länger andauernde Staus, entscheiden die in den neuen Katas-

trophenschutz-Sonderplänen namentlich festgelegten Mitglieder der betreffenden regionalen Koordinierungsgruppe über notwendige weitere Maßnahmen.

Betreuung im Notfall

Dazu gehören etwa kurzfristig veröffentlichte Pläne wie Umleitungsempfehlungen, Beschränkungen oder Sperrungen für LKW oder den gesamten Verkehr. Kommt es dennoch zu stundenlangen Staus, die gerade bei großer Kälte und in der Nacht Gefahr für Gesundheit und Leben bedeuten können, werden schnell Betreuungspunkte in unmittelbarer Nähe der Autobahn eingerichtet, von denen aus die im Stau steckenden Personen versorgt und betreut werden.

Reduzierte Umlaufzeiten

Gegenüber der letzten Winterperiode 2002/2003 werden heuer zusätzlich acht Räum- und Streufahrzeuge speziell an kritischen Steigungsstrecken eingesetzt. Damit können die Umlaufzeiten der Winterdienstfahrzeuge auf unter zwei Stunden reduziert werden. **DK**



Bei der TSI GmbH in Thüringen sind im Dezember vergangenen Jahres 33 neue Geräteträger des Typs U 500 aus der Unimog-Produktlinie U 300 bis U 500 in Dienst gestellt worden. Diese Geräteträger sind höchst flexible und selbstfahrende Arbeitseinheiten, die mit den angebauten Geräten und bei Straßengeschwindigkeit bis zu 80 km/h zur Baustelle fahren können. Dabei erleichtern zahlreiche Details wie die Teilschaltung mit Tempomat die Arbeit erheblich.

Landkreis Pfaffenhofen:

Neues Einsatzleitfahrzeug Mercedes Sprinter

Der Landkreis Pfaffenhofen hat kürzlich ein neues Einsatzleitfahrzeug beschafft, das nunmehr in den Dienst gestellt wurde. Wie Landrat Rudi Engelhard erläuterte, dient der Mercedes Sprinter (156 PS) als Führungsfahrzeug bei Großschadenslagen und steht der „Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung“ zur Verfügung.

„Bei Großbränden, großen technischen Hilfeleistungen sowie im Katastrophenfall rückt diese Spezialeinheit aus, um dem Einsatzleiter vor Ort administrativ zur Seite zu stehen. Sie stellt zudem die Verbindung zum Landratsamt als Katastrophenschutzbehörde her“, erläuterte der Landrat. Die Kosten des Fahrzeugs belaufen sich auf rund 95.000 Euro, der Freistaat Bayern leistet einen Zuschuss in Höhe von 49.000 Euro.

Exzellente Ausrüstung

Zur Sicherstellung der Kommunikation von den einzelnen Einheiten zur Einsatzleitung und zum Landratsamt ist das Fahrzeug mit drei festeingebauten Sprechfunkgeräten und zwei Handsprechfunkgeräten, Telefon und Telefaxgerät ausgerüstet. Engelhard zufolge können mit einem Laptop einsatzrelevante Daten von Fachprogrammen, wie z.B. Gefahrfachhinweise zu einzelnen Stoffen bei deren Austritt oder Verhalten bei Brand abgerufen werden.

Zwei Funkarbeitsplätze

Das Fahrzeug besitzt außerdem zwei Funkarbeitsplätze. Fahrer- und Beifahrersitz sind drehbar ausgeführt, so dass weitere Arbeitsplätze, z.B. zur Bedienung des Laptops, usw. zur Verfügung stehen. Das Heck des Fahrzeugs wird als Geräte- und Ausstattungsraum genutzt. Darin ist unter anderem das Notstromaggregat für den autarken Betrieb des Fahrzeugs und ein aufblasbares Schnelleinsatzzelt zum Errichten eines Besprechungsraums für die Einsatzleitung untergebracht. **DK**

Beckstein eröffnete Messe „Freizeit, Garten + Touristik“

„NürnbergMesse gehört zu den sieben großen Messeplätzen in Deutschland“

„Die NürnbergMesse gehört heute aus gutem Grund zu den sieben großen Messeplätzen in Deutschland und bewegt sich in Europa zielstrebig in Richtung Top Ten“, teilte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Eröffnung der Messe „Freizeit, Garten + Touristik“ im Messezentrum in Nürnberg erfreut mit.

Seit dem Bau der Messe in den siebziger Jahren bis Ende 2003 hat der Freistaat Bayern Gesellschaften geleistet von rund 77 Millionen Euro eingebracht. „Damit haben wir deutlich unter Beweis gestellt, wie sehr uns Nürnberg als zweitgrößter Messestandort Bayerns am Herz liegt“, betonte Beckstein. Bei der Messe „Freizeit, Garten + Touristik“ zeigen 750 Aussteller aus dem In- und Ausland auf einer Fläche von 75.000 m² alle Neuheiten und

Trends rund um die Themen Touristik, Garten, Caravan, Camping, Wassersport, Autos und Sport.

Besucherstrom

Die Messe „Freizeit, Garten + Touristik“ hat mit ihrem beachtlichen Besucherstrom in den letzten Jahren mehrfach den ersten Platz unter den großen deutschen Freizeitmessen eingenommen. In diesem Jahr werden 200.000 Besucher erwartet. **DK**

6. Münchner Feuerwehr-Symposium ein voller Erfolg

Das Konzept des Stadtfeuerwehrverbandes München ging ganz und gar auf: Über 300 Gäste aus allen Regionen Bayerns, aus Österreich und der Schweiz nahmen am 6. Münchner Feuerwehr-Symposium teil, an dessen Organisation sich auch das Klinikum der Universität München-Großhadern beteiligte.

In diesem Jahr stand zunächst die körperliche Leistungsfähigkeit der Feuerwehrfrauen und -Männer im Atemschutzeinsatz im Mittelpunkt. Hierzu hatte das Innenministerium Baden-Württemberg gemeinsam mit der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg die Initiative ergriffen, um in einer medizinischen Studie die Belastung der Atemschutzgeräteträger im Brandeinsatz zu ermitteln.

Einsatzszenario

Die Studie wurde vom Universitätsklinikum Mannheim durchgeführt. Das Feuerwehr-Übungshaus der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg in Bruchsal ermöglichte die realitätsnahe Darstellung eines Einsatzszenarios mit offenen Flammen und Hitze, Verqualmung und Flash-Over-Simulation. Die akute physische

Belastung von Atemschutzgeräteträgern bei der Einsatzsimulation unter Einwirkung von Hitze und beim Tragen der heute vorhandenen Schutzkleidung wurde dabei untersucht.

Untersuchungsergebnisse

Dr. Finteis von der Uniklinik Mannheim, selbst aktives Mitglied einer Feuerwehr, stellte die Ergebnisse der Studie vor. Die Untersuchung fand in zwei Gruppen statt. Die erste Gruppe bestand aus mehreren männlichen Angehörigen Freiwilliger Feuerwehren im Alter zwischen 18 und 32 Jahren, die zweite Gruppe aus Berufsfeuerwehrleuten mit langjähriger Einsatz Erfahrung. Diese Probanden waren zwischen 32 und 41 Jahren alt.

Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse ist die Stressbelastung während des Übungsein-

satzes unter umluftunabhängigem Atemschutz für junge, wenig erfahrene Feuerwehrangehörige als zu hoch einzustufen. Es sollten nur sportlich aktive, gut trainierte Feuerwehrangehörige zum Einsatz unter Atemschutz zugelassen werden. Interessant war auch die Erkenntnis, dass nach einem Atemschutzeinsatz nicht unbedingt Elektrolyte verabreicht werden müssen. Es reicht hier vielmehr normales Wasser aus, notfalls auch aus dem Hydrantennetz.

Maßnahmenkatalog

Über Konsequenzen aus der Studie: „Die Belastung von Einsatzkräften bei der Brandbekämpfung unter Atemschutz“, referierte der Leiter der Landesfeuerwehrschule Bruchsal, Branddirektor Hermann Schröder. Die Landesfeuerwehrschule hat einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, der in Abstimmung mit dem Innenministerium in die Ausbildung einfließt und den Feuerwehren zur Anwendung empfohlen wird.

Hierbei wurde die Dauer eines Einsatzes unter umluftunabhängigem Atemschutz darauf begrenzt, dass ein Atemschutzgeräteträger ohne Erholungspause höchstens einen Pressluftatmer „leer atmen“ darf. Die

strengere, zwölfminütige „Hilfsfrist“ trotz der überwiegend ländlichen Strukturen des Rettungsdienstbereichs zwischen Riedenburg und Velden bzw. Wallersdorf und Aiglsbach aktuell in 93 Prozent aller Notfälle, die eigentlich für Flächenregionen geltende 15-minütige Hilfsfrist sogar zu 97 Prozent gewahrt worden.

Da gleichzeitig keine überdimensionierten, unwirtschaftlichen Leistungsstrukturen aufgebaut wurden, sehen die Verbesserungsvorschläge der Gutachter keine grundlegenden Änderungen, sondern lediglich geringfügige Anpassungen vor. Die Verbandsräte konnten sich deshalb nach nur kurzer Aussprache einstimmig für die Umsetzung der Gutachterempfehlungen aussprechen - auch zur Überraschung der Gutachter, die in anderen Regionen schon mehrfach lange und kontroverse Debatten erlebt hatten.

Tiefgreifende Änderung

Mit einer weiteren Leitentscheidung, der Umgründung des Rettungsdienstverbands Landshut in den „Zweckverband für Rettungswesen und Feuerwehralarmierung“, vollzogen die Verbandsräte eine tiefgreifende Änderung ihres Verbandes: Verbandsvorsitzender Landrat Dr. Hubert Faltermeier stellte fest: „Heute ist die Geburtsstunde des neuen Zweckverbandes.“

Mit dem Beschluss einer neuen Satzung konnte ein knapp einjähriger Diskussionsprozess zwischen den politischen Spitzen aus Stadt und Landkreis Landshut und den Landkreisen Dingolfing-Landau und Kelheim sowie den Stadt- und Kreisbrandräten und dem Bayerischen Roten Kreuz abgeschlossen werden. Während bislang die Feuerwehralarmierung im Auftrag der kreisfreien Städte und Landkreise durch die Polizeidienststellen abgewickelt wird, soll nach dem Willen Landesgesetzgebers künftig eine integrierte Leitstelle sämtliche Notrufe aus dem Bereich des Rettungswesens, der Brand-

Erholungspause muss mindestens 30 Minuten betragen. Während dieser Zeit darf der Geräteträger keine körperlich anstrengenden Arbeiten ausführen. In der kalten Jahreszeit sollte darauf geachtet werden, dass ein Rückzugsraum für die Einsatzkräfte geschaffen wird, in dem sie ihre nasse Kleidung ausziehen und eventuell wechseln können. Zu jedem Einsatz unter Atemschutz ist es auch sinnvoll, einen automatisierten externen Defibrillator (AED) vorzuhalten. Dies kann durch die Mitalarmierung des Rettungsdienstes erfolgen.

Bedeutung der Ausbildung

Die Studie hat gezeigt, dass Feuerwehrangehörige - insbesondere Atemschutzgeräteträger - körperlich gut trainiert und sportlich aktiv sein müssen. Die Bedeutung der Ausbildung ist durch die Studie unterstrichen worden. Ausgebildete und fitte Feuerwehrangehörige sind wesentlich weiter von ihrer Belastungsgrenze entfernt als die nicht ausgebildeten. Die „Heißausbildung“ ist zwingend erforderlich.

Konkretes Beispiel

Wie die Atemschutzausbildung und ihre Umsetzung bei der Freiwilligen Feuerwehr München konkret aussieht, stellte C. Reithinger von der Freiwilligen Feuerwehr München dar. Hierbei wurde deutlich, dass die Freiwillige Feuerwehr München viele ehrenamtliche Stunden für die Ausbil-

dekämpfung und der technischen Hilfeleistung entgegennehmen. Damit wird in Bayern in den nächsten Jahren nach Vorbildern in anderen Bundesländern und entsprechenden Forderungen auf europäischer Ebene eine einheitliche Notrufnummer 112 geschaffen.

Aufbau und Betrieb

Erste Aufgabe des jetzt umgegründeten Zweckverbandes wird es sein, darüber zu entscheiden, wer Aufbau und Betrieb der integrierten Leitstelle übernehmen soll. Bislang liegt lediglich eine Bewerbung des Bayerischen Roten Kreuzes vor, das im Übrigen in diesem Jahr auch das 25-jährige Jubiläum der Inbetriebnahme der Rettungsleitstelle Landshut feiern kann. Nach dem jetzigen Fahrplan werden also die Verbandsräte im Jubiläumsjahr „ihrer“ Rettungsleitstelle über deren Zukunft an der Prof.-Buchner-Straße in Landshut zu entscheiden haben. DK

dung ihrer Atemschutzgeräte-träger investiert. Die Freiwillige Feuerwehr hat den Vorteil, dass die Wartung der Geräte von der Berufsfeuerwehr übernommen wird. Andere Freiwillige Feuerwehren können nicht so großzügig Atemschutzübungen durchführen, da die Wartung der Geräte aufwendig und kostenintensiv ist.

Pariser Unglück

Colonel Fiévet von der Feuerwehr Paris zog anschließend Schlussfolgerungen aus dem Unglück der Feuerwehr Paris im September vergangenen Jahres. Bei einem Zimmerbrand kamen fünf Feuerwehrmänner ums Leben. Der Referent berichtete über den Einsatzablauf bis zur Entdeckung der fünf Opfer. Über den Grund des Unglücks gibt es drei verschiedene Theorien. Mit letzter Gewissheit kann man keine dieser Theorien bestätigen. Der genaue Einsatzablauf kann in einschlägigen Fachzeitschriften nachgelesen werden.

Abschließend berichteten der Kreisbrandrat des Landkreises

Rosenheim, Sebastian Ruhsamer, und der organisatorische Einsatzleiter des Rettungsdienstes, Harald Moser, über ihre Erfahrungen aus dem Einsatz auf der Inntalautobahn am 10. Januar 2003. Damals geriet ein LKW ins Schleudern, durchbrach die Leitplanke und kollidierte mit einem entgegenkommenden Reisebus. Der Bus stürzte um. In den verunfallten LKW fuhr noch ein dem Reisebus nachfolgender Autotransporter. Bei dem Unfall gab es drei Tote, acht Schwerverletzte und mehrere mittel- bis leichtverletzte Unfallopfer.

Einsatz auf Inntalautobahn

Bei diesem Einsatz wurden die verantwortlichen Einsatzleiter mit allerlei Problemen konfrontiert - von der extremen Witterung über die falsche Anfahrtsangabe, die falsche oder ungenügende Kennzeichnung der Führungskräfte bis zu Problemen mit der Presse. Gemeinsam konnten sie alle diese Probleme meistern und haben daraus ihre Erkenntnisse gezogen. DK



Organisation „Bäume für Menschen - Trees for the World“:

Feuerwehrfahrzeug gesucht!

Für eine regelrechte Aufbruchstimmung hat die Organisation „Bäume für Menschen - Trees for the World“ im Nordwesten Namibias gesorgt. Der in Weilheim ansässige Verein beteiligt sich dort an der Umsetzung eines staatlichen Aufforstungsprojekts, bei dem im Ombugha Grassland eine Fläche von 66.000 ha wieder mit Bäumen bepflanzt wird. Auch die namibische Regierung zeigte sich von der Unterstützung begeistert. Staatspräsident Dr. Sam Nujoma (Bild rechts), der mit weiteren Regierungsmitgliedern die Mutterbaumschule des Vereins in Ondangwa besuchte, gratulierte Initiator und Vorstand Gottfried Brenner (links).

Auf der Suche ist Brenner derzeit aber nach einem Feuerwehrfahrzeug mit einem 5.000 l Wassertank für die Stadt Ondangwa. Ideal wäre eine Anhängerkupplung um weiteres Wasser befördern zu können, da Anschlussmöglichkeiten an Hydranten zur Zeit noch nicht überall gegeben sind, so Brenner. Er bittet deshalb Gemeinden und Feuerwehren, die ein solches Fahrzeug kostengünstig abgeben möchten, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Der Verein „Bäume für Menschen - Trees for the World e.V.“ ist unter Tel. 0881/8001, per Fax unter 0881/8111 und per E-Mail: trees@t-online.de zu erreichen. ✉

Gute Noten für Rettungsdienstbereich Landshut

Der Rettungszweckverband Landshut unter Vorsitz von Landrat Dr. Hubert Faltermeier (Kelheim) hat in seiner Versammlung im Landratsamt Landshut über die Ergebnisse einer bayernweiten Studie beraten, die das Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) verfasst hat über die Organisation des Rettungsdienstes im Bereich des Rettungszweckverbandes Landshut.

Professor Dr. Christan K. Lackner, Geschäftsführender Vorstand des Instituts, gratulierte den versammelten Verbandsvertretern: „Der Rettungsdienst in Ihrer Region ist beispielgebend organisiert.“

Vor dem Hintergrund massiver Strukturveränderungen im Gesundheitswesen unterbreitete sein vierköpfiges Gutachterteam Empfehlungen, wie durch Umschichtungen des bestehenden Personal- und Fahrzeugpools diese guten Ergebnisse noch weiter verbessert werden sollen. Weiterer Themenschwerpunkt der Beratungen der Verbandsräte aus Stadt und Landkreis Landshut sowie den Landkreisen Dingolfing-Landau und Kelheim war die Umsetzung des Gesetzes zur Einführung Integrierter Leitstellen, auf dessen Grundlage in Bayern in den nächsten Jahren die Einführung der einheitlichen Notrufnummer 112 erreicht werden soll.

Leitentscheidungen

Der Rettungszweckverband Landshut hatte in seiner Versammlung neben den regulären, jährlich wiederkehrenden Tagesordnungspunkten wie dem Beschluss über den Zweckverbandshaushalt oder dem Jahresbericht des Leiters der Rettungsleitstelle, Peter Winzinger, zwei für die künftige Arbeit des Zweckverbandes wichtige Leitentscheidungen zu beraten: Bei der Beratung der mehr als 1200 Seiten starken „Trend- und Strukturanalyse für den Rettungsdienstbereich Landshut“ standen die Leistungsstrukturen des Zweckverbandes auf dem Prüfstand: Bereits im Januar 2003 hatten die Verbandsräte die umfangreiche Auswertung von fast 59.000 Einsätzen in der Notfallrettung und Krankentransport erhalten. (Der Verbandsrat besteht aus insgesamt 21 Vertretern der Kommunalpolitik aus der Stadt Landshut und den drei Landkreisen, darunter auch Oberbür-

germeister Josef Deimer, diesmal vertreten durch Bürgermeister Jacob Entholzer, sowie den drei Landräten Dr. Hubert Faltermeier, Josef Eppeneder und Heinrich Trapp.) Mit dieser Auswertung verbunden waren Empfehlungen für die künftigen Bereitstellungszeiten der insgesamt 35 Krankenkraftwagen an den zwölf Wach- und Stellplatzstandorten.

Strukturanalyse

Auftraggeber der Trend- und Strukturanalyse sind das Bayerische Staatsministerium des Innern und die bayerischen Krankenkassenverbände. Die Begutachtung der 26 bayerischen Rettungsdienstbereiche soll die Qualität der Versorgung von Notfallpatienten und des Krankentransportes verbessern und helfen, deren Kosten besser zu kontrollieren. Deshalb wurde unter anderem untersucht, ob es dem Rettungszweckverband, also der Rettungsleitstelle zusammen mit den Leistungserbringern, dem Bayerischen Roten Kreuz und dem Malteser Hilfsdienst gelingt, die Planungsvorgaben des Gesetzgebers für den Rettungsdienst einzuhalten.

Diese sehen im Interesse einer wirkungsvollen Notfallversorgung vor, dass ein Fahrzeug des öffentlich-rechtlichen Rettungsdienstes jeden Notfallort, beginnend ab dem Zeitpunkt der Alarmierung in zwölf Minuten erreichen muss, in dünner besiedelten ländlichen Regionen in 15 Minuten. Um die effektiven Wartezeiten von Notfallpatienten zu bewerten, hat die Studie des Instituts für Notfallmedizin und Medizinmanagement außerdem die Zeitintervalle zwischen dem Eingang des Notrufs und der Alarmierung eines Rettungsfahrzeugs untersucht. Insgesamt bestätigen die Gutachter dem Rettungsdienst in der Region Landshut hervorragende, über dem bayerischen Durchschnitt liegende Werte: So wird die

25 Jahre Geschäftsführertätigkeit beim Kreisjugendring Mühldorf:

Powerfrau Eva Köhr

25 Jahre Geschäftsführertätigkeit beim Kreisjugendring Mühldorf kann Eva Köhr, die zugleich stellvertretende Landrätin im Landkreis Mühldorf ist, in diesen Tagen feiern. Kollegen und KJR-Vorsitzender Christian Göttlinger für die ehrenamtliche Vorstandschaft dankten der engagierten Geschäftsführerin mit Blumen und einem wunderbaren Kuchen.

„Es hat mich gefroren“, sagt Eva Köhr, als ich im Februar 1979 das kleine Büro im G12 mit den damaligen Vorsitzenden Engelbert Kölbl und Andreas Schuster bezog. Seither hat sich viel getan beim Kreisjugendring, der sich als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände im Landkreis versteht und eine Untergliederung des Bayerischen Jugendringes als Körperschaft des öffentlichen Rechts darstellt.

Eine Vielzahl von Aktivitäten wurde auf Initiative der Ge-

schäftsführerin auf die Beine gestellt, die sich mit vollem Eifer als Verfechterin für engagierte Jugendarbeit einsetzt.

Sparzwänge

Eine Aktion, die es schon damals gab, war das Abenteuerzeltlager für Kinder, das über viele Jahre Kultstatus bei Kindern und Eltern erlangt hat und dessen Plätze immer viel zu schnell vergeben waren, kann aufgrund der aktuellen Sparmaßnahmen des Landkreises

nicht mehr vom Kreisjugendring angeboten werden, verrät Eva Köhr wehmütig.

Sie vertraue jungen Leuten gerne Verantwortung an und motiviert Jugendliche, sich selbst zu organisieren und zu engagieren, so das Lob des Vorstandes. Schon im zweiten Jahr ihrer Tätigkeit begann Eva Köhr, eine erste Jugendbegegnung zu organisieren, der viele weitere z. B. mit Schottland, Tunesien, der Bretagne, Israel, Südfrankreich, Portugal, Griechenland und Malta folgen sollten und deren Konzept auch für die im Kreisjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände als Vorbild dient.

Herzensangelegenheit

Eine Herzensangelegenheit war ihr die Einrichtung des Spielmobils MüMo, das viele Jahre im ganzen Landkreis unterwegs war und jetzt den aktuellen Sparwängen zum Opfer fiel. Engagierten Jugendlichen zu helfen aber auch zu motivieren und fördern sieht die Geschäftsführerin als wichtige Herausforderung an. Dazu war es ihr auch wichtig, in den 80er Jahren Mittel aus dem Kreisjugendringetat zur Förderung der

Verbände frei zu schaufeln und einen Gerätepool zur Unterstützung von Spielaktionen, Gruppenarbeit oder Veranstaltungen der Jugendgruppen einzurichten, welcher betreut von Horst Wethanner unglaublich stark frequentiert wird.

Wichtiges Sprachrohr

Mit dem Jugendzentrum zog Eva Köhr mit der KJR-Geschäftsstelle 1983 in das Haus der Jugend. Aufgrund der Nähe des Jugendringes zu den Jugendlichen und der erforderlichen Fachlichkeit delegierte der Landkreis Mühldorf Anfang der 90er Jahre die kommunale Jugendpflege mit zwei kommunalen Jugendpflegern an den Kreisjugendring, der sich somit auch als Sprachrohr für die offene Jugendarbeit und qualifizierter Ratgeber der Gemeinden z. B. im Rahmen der Bauleitplanung betätigt.

Der letzte Umzug, den Eva Köhr als Geschäftsführerin begleitete, führte im Jahr 2000 in die Waldkraiburger Kulturmeile, die Braunauer-Straße, wo der Kreisjugendring nun sämtliche Gerätschaften zusammen hat und mit der angrenzenden Schenkerhalle und dem Kulturmobil, die im vergangenen Jahr den Betrieb aufnahmen, zeitgemäße Unterstützung von Jugendarbeit ermöglichen kann.



Blumen für die Dame: Eva Köhr mit dem 1. Vorsitzenden des Kreisjugendrings Mühldorf, Christian Göttlinger.



Christian Neureuther (li) probte gemeinsam mit dem Initiator des Projektes Erich Klas (Mitte) und Peter Koch, Regionsmanager Tengemann, die Wiesmaht.

Bayerische Kulturlandschaft:

Christian Neureuther leistet praktische Hilfe

Um Verwaltung und Verbuschung bayerischer Buckelwiesen, Almen und Heimweiden zu verhindern, kümmern sich Landwirte und Schäfer seit Jahrzehnten, oft in alter Familientradition um die Pflege dieser Flächen. Diese Arbeit ist von unschätzbarem Wert für die bayerische Kulturlandschaft. Gemeinsam mit dem Netzwerk UNSER LAND und der Tengemann AG als Handelspartnerin, setzt sich der ehemalige Skiprofi und jetzige Sportkommentator Christian Neureuther für den Erhalt dieser charakteristischen, bayerischen Landschaft ein.

„Und dieses Jahr gehen wir beide auf meine Buckelwiesen und mähen zusammen das Heu!“ Erich Klas, Initiator des Projektes „Almen und Heimweiden im bayerischen Alpenraum“, strahlt bei diesem Angebot von Christian Neureuther. Der meint es ernst mit der Unterstützung zum Erhalt der gefährdeten Flächen. Der Werdenfölsler reiste extra aus seiner Heimat nach München, um bei einer Info-Veranstaltung des Netzwerkes UNSER LAND und der Tengemann AG für dieses Projekt zu werben. Der Tengemannmarkt in der Wolftratschauer Straße ist gut besucht, als Christian Neureuther gemeinsam mit Erich Klas und Peter Koch, Regionsmanager der Tengemann AG, die aktuelle Problematik darstellt.

Denn was dem Alpentouristen so lieblich ins Auge fällt, bringt dem Besitzer oder Pächter nur sehr geringe Erträge. Buckelwiesen, Alm- und Heimweiden sind tatsächliche „Liebhaberflächen“ mit wenig wirtschaftlichem, jedoch großem ökologischen Nut-

zen. Christian Neureuther besitzt selber 45 Tagwerk Buckelwiesen. „Ich habe das Glück, in dieser wunderbaren bayerischen Landschaft zu leben“, erklärt er als bekennender Naturfreund. „Mit der Pflege meiner Buckelwiesen kann ich meinen Teil zum Erhalt dieser wertvollen Landschaft beitragen.“ So gehört der beliebte Sportler mit seinen Flächen zu den 5000 ansonsten meist landwirtschaftlichen Betrieben, die sich trotz geringer Einnahmen für die bayerische Kulturlandschaft einsetzen.

Traditionelle Bewirtschaftung

Diese bäuerlichen Familienbetriebe betreiben extensive naturnahe Flächenbewirtschaftung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes und des Kulturlandschaftsprogramms. Im Sommer mähen sie die Berg- und Buckelwiesen, um das Heu in den langen Wintermonaten an ihre Tiere zu verfüttern. Zur Erhaltung und Pflege der Flächen liefert die Rinder- und Schafhaltung einen

Grenzübergreifendes Bürgermeistertreffen:

„Schwierige Zeiten erfordern neue Wege“

Oberösterreichische und bayerische Bürgermeister trafen sich zu einer gemeinsamen Tagung auf Schloss Neuburg im Landkreis Passau, um über das Thema „Schwierige Zeiten erfordern neue Wege“ zu diskutieren. Aus Österreich waren Vertreter aus den Bezirken Rohrbach, Schärding, Braunau und Ried angereist, aus Bayern nahmen Bürgermeister aus den Landkreisen Altötting, Deggendorf und Passau an der Veranstaltung teil.

Seit vergangenen Jahr arbeiten diese Bezirke und Landkreise in dem Projekt „Inn-Brücke 21“ zusammen, um die nachhaltige Entwicklung ihrer Gemeinden und zugleich der Grenzregion an Inn und Donau im Sinne der Agenda 21 zu fördern.

Wie Landtagspräsident Alois Glück, „Ehrgast“ der Veranstaltung, erläuterte, komme den Bürgermeistern in punkto nachhaltige kommunale Entwicklung eine tragende Rolle zu. Mehr Eigenverantwortung sei das Gebot der Stunde, so Glück. Die kommunale Entwicklung in

Deutschland und Österreich könne auf den Nenner „Immer mehr Staat, immer weniger Eigenverantwortung“ gebracht werden. Was der Einzelne zumutbar zu leisten imstande sei, müsse er auch selbst leisten. Hierzu seien sowohl eine neue „Sozialkultur“ als auch eine neue „Leistungskultur“ vonnöten. Bürger und gewählte Mandatsträger müssten neue Wege gehen.

Wie sich die Eigenverantwortung der Kommunen erfolgreich in die Tat umsetzen lässt, zeigte Bezirkshauptfrau Mitterlehner auf. In den österreichischen Bezirken sei es üblich, drei bis

wichtigen Beitrag. Das Jungvieh weidet von Juni bis September auf den Almen, das Milchvieh auf den Heimweiden. Diese Weidausübung ist stark gefährdet. Aufgrund sinkender Erzeugerpreise nehmen die Tierzahlen dramatisch ab. Hirten für die Betreuung der Tiere auf den Heimweiden können fast nicht mehr bezahlt werden.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf diese besondere bayerische Kulturlandschaft sind erschreckend. Mit der Verbuschung und Verwaldung der Flächen, die ohne Landschaftspflege und Beweidung einsetzen, geht nicht nur der optische Reiz verloren. Auch die Artenvielfalt, die auf diesen Flächen meist sehr hoch ist, würde darunter leiden.

Das Projekt „Almen und Heimweiden im bayerischen Alpenraum“ versucht, dem entgegen zu wirken. Seit der Gründung des Netzwerkes ist Wiesenhau deshalb ein Bestandteil im UNSER LAND Sortiment. Das Heu stammt von Wiesen aus dem Berggebiet, z. B. Mittenwalder Buckelwiesen. Es eignet sich für kleine Haustiere wie Meerschweinchen, Hasen, Hamster oder Mäuse und transportiert

sichtbar auf der Verpackung die folgende Botschaft an den Verbraucher: „Sie unterstützen mit diesem Wiesenhau die Pflege und Erhaltung einer einmaligen Kulturlandschaft und die im Berggebiet ansässigen bäuerlichen Familienbetriebe. Diese erhalten mit großem Aufwand kleinstrukturierte Landschaften.“

Unterstützung von Almen und Heimweiden

Die Tengemann AG zeigte sich von einer neuen Idee begeistert und war, wie der übrige Lebensmittelhandel ab Herbst 2003 bereit, den Preis für das Wiesenhau etwas anzuheben. Dieser Aufschlag dient direkt der Unterstützung von Almen und Heimweiden im bayerischen Alpenraum. Somit pflegt der Besitzer von Haustieren in München und im Umland bei der Verwendung des UNSER LAND Heus aktiv diese einmalige Kulturlandschaft.

Diese Idee überzeugt auch Christian Neureuther. In diesem Jahr entschloss er sich deshalb, das Projekt „Almen und Heimweiden im bayerischen Alpenraum“ zu unterstützen. Gemein-

Markterhebung Altdorf

Der Gemeinde Altdorf, Landkreis Landshut, wird auf ihren Antrag hin mit Wirkung vom 16. Juli 2004 die Bezeichnung „Markt“ verliehen. Die betreffende Markterhebung überreicht. Bisher dürfen sich von den insgesamt 2.056 Gemeinden 314 Stadt und 383 Markt nennen. Altdorf wird demnach Bayerns 384. Markt. Zuletzt erhielt die Gemeinde Nittendorf im Landkreis Regensburg am 12. November 2003 das Prädikat „Markt“ verliehen.

Die neue Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber: Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Donautal aktiv im Landratsamt

Informationsveranstaltung für Bürgermeister

Eine einmalige Chance, neue Wege zur Entwicklung des ländlichen Raumes zu gehen, bietet das im Juni 2002 gestartete Förderprojekt Donautal aktiv des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Jene acht Bürgermeister aus dem Landkreis Donau-Ries, die zum Gebiet von Donautal aktiv gehören, bat Landrat Stefan Rößle kürzlich zu einer Informationsveranstaltung ins Landratsamt.

Die geladenen Bürgermeister bzw. deren Vertreter der Stadt Donauwörth, des Marktes Kaisheim und der Gemeinden Gendringen, Marxheim, Mertingen, Oberndorf und Tapfheim nutzten die Gelegenheit, die neuesten Fakten über den aktuellen Stand des Förderprojektes zu erfahren und Gedanken über mögliche weitere eigene Projekte zu verfolgen.

Neue Strukturen testen

Laut Leo Schrell, dem 1. Vorsitzenden von Donautal aktiv e.V., Bezirksvorsitzenden des bayerischen Gemeindetages und Bürgermeister von Buttenwiesen, hat das Förderprojekt unter anderem zum Ziel, neue Strukturen für die finanzielle Unterstützung ländlicher Räume zu testen, da die klassischen Förderungen keine Zukunft haben werden. Dabei ist ein zentraler Punkt die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Zur Region Donautal, die von Ulm bis Donauwörth geht, gehören sechs Landkreise und 42 Gemeinden aus zwei verschiedenen Bundeslän-

dern, Bayern und Baden-Württemberg.

Seit der Gründung von Donautal aktiv wurden 15 Projekte vom Vorstand zur Förderung freigegeben. Der Finanzumfang dieser Projekte beläuft sich insgesamt auf ungefähr 900.000 Euro, die Gesamtfördersumme auf 697.000 Euro. Weitere 30 bis 40 Projekte befinden sich derzeit in der Prüfung bei der Geschäftsstelle des Regionalmanagements in Bachingen. Die Gesamtfördersumme, die Donautal aktiv zur Verfügung steht, beläuft sich auf 2,1 Mio. Euro, die bis Ende 2005 hauptsächlich für Maßnahmen verwendet werden, die der Stärkung der Zusammenarbeit in der Region dienen, zur Bildung von Zusammenschlüssen mit dem Ziel der Wertschöpfung führen und zur Positionierung der Regionen über ihre Grenzen hinaus geeignet sind.

Drei der derzeit geförderten Projekte sind bereits jetzt für den Landkreis Donau-Ries und die acht im Gebiet liegenden Gemeinden von Bedeutung. Der Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung, Günther Zwerger,

stellte das Projekt Radtouristische Entwicklung im Donautal vor. Die Projektträger sind hier die Stadt Ulm, die Landkreise Neu-Ulm, Günzburg, Dillingen und Donau-Ries. Ziele des Projektes sind, dem Donauabschnitt von Ulm bis Donauwörth nach innen und außen ein unverwechselbares Profil zu geben, die Qualität und die Angebote für die Radtouristen zu verbessern, verschiedene Einzelinitiativen zusammenzuführen und eine gemeinsame Vermarktungsstrategie zu entwickeln sowie die Informationen über die Region auch zu verbreiten. Dafür sind ein Erlebnisradfahrer von etwa 120 Seiten Umfang, ein Flyer und Internetseiten zum Thema geplant. Für die bereits bestehenden Beschilderung der Radwege werden Aufkleber entwickelt.

Markt für regionale Produkte

Die Agenda-Beauftragte Heike Burkhardt gab Einblick in das Projekt Regionalmärkte Donautal. Das im Februar 2003 gegründete Netzwerk der Agenda 21-Gruppierungen im Donautal hat den Förderantrag für dieses Projekt gestellt und genehmigt bekommen. Projektträger sind die Städte Günzburg, Lauingen, Nersingen und Ulm, der Markt Offingen, die Gemeinden Buttenwiesen und Lutzingen sowie die Landkreise Dillingen und Donau-Ries. Jede der Agenda-Gruppierungen hat sich verpflichtet, mindestens einmal jährlich einen Markt für regionale Produkte abzuhalten. Angeboten werden sollen landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte, Kunsthandwerk und Beratung sowie ein möglichst attraktives Rahmenprogramm. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Märkte erfolgt nach einem einheitlichen Konzept, die Durchführung der Märkte erfolgt nach einheitlichen Markttrichtlinien.

Für Donauwörth ist der Markt am 2. Oktober dieses Jahres angesetzt, die Planungen in den Agenda-Arbeitskreisen laufen schon auf Hochtouren. Im März werden die ersten Märkte in Lauingen und Offingen stattfinden.

Auch vom Projekt Entwicklungsberatung Regionalvermarktung-Nahversorgung verspricht sich der Landkreis positive und brauchbare Impulse. Der Landesverband des Bayerischen Ein-

zelhandels trägt das Projekt in Kooperation mit den Städten Ulm, Neu-Ulm und der City-Initiative Donauwörth.

Bei diesem Projekt geht es darum, die Situation der Nahversorgung der gesamten Region Donautal zu analysieren. Daraus sollen Ansatzpunkte zur Vermarktung regional erzeugter Lebensmittel im Einzelhandel gewonnen werden, es sollen logistische Verbindungen zwischen Erzeugung und Handel hergestellt werden und konkrete Verbesserungen der Nahversorgung auch umgesetzt werden. DK

„Erfindungsreichtum“ bei der Erschließung neuer Steuerquellen

von der Anzahl der sexuellen Handlungen!“ abdrücken lassen, auf dass das Land wieder erblühe.

Natürlich fahndeten wir sofort nach der Quelle seiner Inspiration und wurden in zwei großen deutschen Städten fündig. In der einen südlich des Weiß- und Bratwurstäquators stießen wir auf einen „nährischen“ Faschingsdienstagstrakt ebensolchen Inhalts, mit dem grundsätzliche, aber humoristisch wohlbegabte Stadträte ihren originellen Beitrag zum Ausklang der fünften Jahreszeit geleistet haben.

Wir wurden aber auch auf eine Kommune am großen Strome Rhein aufmerksam, die gemeinhin als Hauptstadt karnevalistischer Fröhlichkeit gilt und eine solche Regelung tatsächlich hat. Dort wo die Gemeinden noch das Steuerfindungsrecht haben, machten sich die findigen Stadtväter und -mütter auf die Suche und fanden eine olle Kammelle, nämlich die Vergnügungssteuer. Die alte Dame war als traditionelle



Wirtsteuer schon etwas betagt und deshalb verpasste man ihr ein Lifting, in dem man eine Reihe von Freude machenden Dienstleistungen, darunter die vorerwähnten, mit einbezog. Als bald erhob sich ein fürchterliches Wehklagen des Gaststättenverbandes, wonach die vollzogene Verbreiterung der Bemessungsgrundlage das Kernproblem nicht löse, nämlich dass die Gäste bei Preiserhöhungen weniger in Lokalen verkehrten. Treusorgend den Erhalt der Kneipenkultur im Blick, nahmen die geselligen Rheinländer zwei ursprünglich besteuerte menschliche Grundbedürfnisse, also Essen und Trinken, wieder aus.

Und wie es halt bei einer zünftigen Steuerreform ist, einer muss die Zeche zahlen. In diesem Fall diejenigen Damen und Herren, die das ausüben, was als Keimzelle des tertiären Sektors gelten mag. Seither durchforsteten kommunale Bedienstete die Kontaktanzeigen der Stadt und besuchten in aller Diskretion die Häuser mit den roten Fensterläden ebenso wie Hausfrauen im Nebenerwerb, um ihre Bescheide loszuwerden.

Wenns ums Geld geht, waren die Menschen schon immer phantasierender als in anderen Bereichen und deshalb schicke ich Hajo einen Katalog des Steuermuseums in Brühl. Da kann er sich über die Fenstersteuer in Frankreich, die Bartsteuer in Russland und die Firststeuer der Niederlande schlau machen. Die gibt es zwar seit Jahrhunderten nicht mehr, aber vielleicht will er ja auch aus der Geschichte lernen, nicht nur vom Unstinn der Gegenwart. Mein Chef, der Bürgermeister, wird ihm ein kurzes Kärtchen schicken mit dem heutigen Kalenderblattspruch von Jean-Baptiste Colbert, dem Finanzminister Ludwig XIV von Frankreich: „Steuern eintreiben heißt, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viele Federn mit möglichst wenig Gezische bekommt.“

The Sabina

„Stadt und Land sitzen in einem Boot“

Eppeneder und Deimer gegen Bezirksumlagen-Erhöpfung

Bei einer Gesprächsrunde von Spitzenvertretern von Landkreis- und Stadtverwaltung haben sich Landshuts Landrat Josef Eppeneder und Oberbürgermeister Josef Deimer mit Nachdruck gegen eine Erhöhung der Bezirksumlage ausgesprochen. Wie die beiden Politiker betonten, habe der Freistaat Bayern mit einer Finanzspritze von zusätzlich 140 Millionen Euro für die Bezirke eine solide Grundlage für die Stabilität dieser Umlage geschaffen, die von den Landkreisen und kreisfreien Städte an die Bezirke abgeführt wird.

Eppeneder und Deimer fordern daher, dass der Bezirk Niederbayern seine Umlage in diesem Jahr in Höhe von 22,5 Prozentpunkten stabil hält - so, wie dies signalisiert worden und auf der Grundlage der zusätzlichen Finanzzuweisung aus dem Säckel des Freistaats auch möglich sei. Die Gemeinsamkeiten erschöpfen sich freilich nicht bei der Abwehr einer neuen finanziellen Belastung, die beide Gebietskörperschaften treffen würde: In einer ganzen Reihe von Themen und Fragen, an deren Lösung Landkreis und Stadt interessiert sind, wurde bei dem Treffen ein gemeinsames Vorgehen vereinbart.

Abfallbeseitigung

In einem Boot sitzen Landkreis und Stadt zum Beispiel auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung: Dabei verbindet eine mittlerweile schon jahrzehntelange und gute Zusammenarbeit die beiden Nachbarkommunen. Das solle auch in Zukunft so bleiben, waren sich die Teilnehmer an der Gesprächsrunde einig. Nach den Entscheidungen des Landkreises ebenso wie der Stadt, dem Abfallzweckverband Schwandorf (Zweckverband Müllverwertung Schwandorf, ZMS) beizutreten, wolle man nun auch bei der Suche für den Standort einer Müllumladestation für die Region Landshut am gleichen Strang ziehen. Es wurde bekräftigt, dass sich Landkreis und Stadt intensiv bemühen, einen für beide Seiten akzeptablen Standort zu finden.

Auch in der Frage der Vorgehensweise in puncto Optionsrecht war man sich einig. OB Deimer riet dabei davon ab, Gebrauch zu machen von dem neu

in das Sozialgesetzbuch (SGB) II aufgenommene Optionsrecht auf Übernahme der Zuständigkeit für die Abwicklung des Gesetzes: Das neue „Arbeitslosengeld II“ wird am Januar 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe in der bisher bekannten Form ersetzen. Die Zuständigkeit liegt nach dem SGB II grundsätzlich bei der Bundesagentur für Arbeit, kann aber - daher „Optionsrecht“ - durch Erklärung eines Landkreises auf diesen übergeleitet werden.

Deimer erläuterte, dass er von einer solchen Erklärung abräte, weil „erfahrungsgemäß die Kosten der Bundesagentur für Arbeit, kann aber - daher „Optionsrecht“ - durch Erklärung eines Landkreises auf diesen übergeleitet werden.

Berufsschul-Zweckverband

Neben einer Reihe von verwaltungsinternen Fragen behandelten die Teilnehmer an der Gesprächsrunde auch ein weiteres Vorgehen auf dem Weg zur Gründung eines Berufsschul-Zweckverbandes zwischen Landkreis und Stadt mit paritätischer Besetzung der Beschlussgremien. Sollte sich ergeben, dass der Landkreis Landshut sein Schulgebäude in der Seligenthaler Straße nicht in den Zweckverband einbringt, sei dafür ein angemessener Wertausgleich zu leisten.

Landrat Eppeneder und Oberbürgermeister Deimer zogen am Ende des mehrstündigen Treffens ein sehr positives Resümee - nicht nur des Gesprächs, sondern auch des Verhältnisses zwischen Land-

Ostbayern braucht Förderstatus „Grenzregion“

Der gestern vorgestellte 3. Kohäsionsbericht der EU-Kommission ist für Ostbayern kein wesentlicher Lichtblick, schätzt der Oberpfälzer Bundestagsabgeordnete Klaus Hofbauer (CSU) ein, der gleichzeitig Vorsitzender des Unterausschusses „Regionale Wirtschaftspolitik“ am Deutschen Bundestag ist.

Im neuen Kohäsionsbericht hat die EU-Kommission ihre grundlegenden Vorstellungen zur zukünftigen Strukturpolitik ab 2007 veröffentlicht. Der vor allem aus Ostbayern geforderte Sonderförderstatus der Grenzregionen zu den Beitrittsländern findet im Bericht keinen konkreten Niederschlag, so Hofbauer. Dennoch enthält das oftmals sehr allgemein formulierte Papier nichts, was gegen eine künftige EU-Förderung Ostbayerns spricht, betont der Abgeordnete.

kreis Landshut und kreisfreier Stadt Landshut: Die Kooperation sei weit besser als ihr Ruf, der in den vergangenen Monaten durchaus etwas gelitten habe. Konstruktive Gespräche auf der Ebene der Verwaltungsspitzen trügen in hohem Maße dazu bei, dass man bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben in aller Regel große Fortschritte mache. DK

zelhandels trägt das Projekt in Kooperation mit den Städten Ulm, Neu-Ulm und der City-Initiative Donauwörth.

Bei diesem Projekt geht es darum, die Situation der Nahversorgung der gesamten Region Donautal zu analysieren. Daraus sollen Ansatzpunkte zur Vermarktung regional erzeugter Lebensmittel im Einzelhandel gewonnen werden, es sollen logistische Verbindungen zwischen Erzeugung und Handel hergestellt werden und konkrete Verbesserungen der Nahversorgung auch umgesetzt werden. DK

Augsburgs Landrat Dr. Karl Vogele:

Warnung vor Reform der Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung steckt in einer Finanzkrise. Die ursprünglich angesparten Finanzpolster schwinden dahin. Die momentan von Bundeskanzler Schröder auf Eis gelegte, nach Vorschlägen der Rümp-Kommission erarbeitete Reform der Pflegeversicherung, werde deshalb kommen müssen, ist sich Landrat Dr. Karl Vogele sicher. Es sei sicher mit einer Änderung der Leistungsgesetze zu rechnen. Er warnte deshalb jetzt in einem Schreiben an seine Kreistagskollegen vor den finanziellen Auswirkungen für den Landkreis Augsburg.

„Die einschneidendste Änderung“, befürchtet der Landrat, „wird die geplante Angleichung der Leistungen der Pflegekasse für ambulante und stationäre Pflege bringen.“ Nach den Plänen der Bundesregierung soll die Vergütung für ambulante Sachleistungen in der Pflegestufe I um 116 und in Pflegestufe II um 79 Euro monatlich steigen. „Im Sinne des Grundsatzes ‚ambulante vor stationär‘ eine durchaus sinnvolle Maßnahme“, betont Vogele. Im Gegenzug sollen allerdings die Pflegekassensätze für Heimbewohner in den Pflegestufen I und II um 523 Euro beziehungsweise 279 Euro im Monat drastisch gesenkt werden.

Die Reform der Pflegeversicherung sollte ursprünglich im Jahr 2005 in Kraft treten. „Wenn sie so kommt, wie sie bisher geplant war, hat dies auch für Landkreisbürger und den Landkreis Augsburg einschneidende Konsequenzen“, so der Landrat. Die Nachfrage nach Leistungen ambulanter Pflegedienste werde voraussichtlich steigen. Stationär Pflegebedürftige müssten allerdings in Zukunft für die gleiche Leistung deutlich mehr aus der eigenen Tasche zahlen. Zuzahlungen von bis zu 2.500 Euro pro Monat könnten auf die privaten Haushalte an Belastung zukommen. Es sei einerseits zu befürch-

ten, dass die Nachfrage nach stationärer Pflege in gleichem Maße nachlasse wie der Bedarf an ambulanten Pflegeleistungen ansteige. Andererseits sei für viele pflegebedürftige Heimbewohner der Weg in die Sozialhilfe vorgezeichnet. Eine Kostenlawine sei deshalb auch für die Träger der Sozialhilfe zu erwarten. Durch die Senkung der Zuzahlungen der Pflegeversicherung zu den Heimkosten könnte, bei heute bereits rund einem Drittel Sozialhilfeempfängern in Heimen, ab 2005 mit einer 10 bis 20prozentigen Erhöhung der Sozialhilfeausgaben des Bezirks als überörtlichem Sozialhilfeträger bei gleichzeitiger Erhöhung der Anzahl Sozialhilfebedürftiger in Heimen gerechnet werden.

Hinzu komme, so Vogele, dass der Landkreis Augsburg in den letzten Jahren aus seiner Verpflichtung zur Förderung einer ausreichenden Anzahl von Pflegeplätzen viel Geld investiert habe. Mittelfristig könnten bei einer zu erwartenden geringeren Nachfrage nach stationären Pflegeplätzen geförderte Plätze leer stehen. Es müsse deshalb alles daran gesetzt werden, dass die Zahlungen der Pflegeversicherung für stationäre Pflege auf einem vernünftigen, den Leistungen der Heime angemessenen Niveau bleiben. <

Südostbayern als internationaler Brückenkopf

Intensivierung der Zusammenarbeit mit Salzburg

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und der Landeshauptmann des Landes Salzburg, Dr. Franz Schausberger, haben in München die Intensivierung der Zusammenarbeit beider Länder vereinbart. Die Regierungschefs unterzeichneten im Beisein von Traunsteins Landrat und Euregiopräsident Hermann Steinmaßl eine gemeinsame Erklärung, nach der die Kooperation vor allem in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Verkehr sowie Wirtschaft ausgebaut werden soll.

Landrat Hermann Steinmaßl sieht in der gemeinsamen Erklärung einen großartigen Erfolg der bisherigen Arbeit der Euregio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein.

Langjährige Kooperation

Bereits seit 1971 besteht eine Gesprächsgruppe zwischen der Salzburger Landesregierung und der Bayerischen Staatsregierung. Diese Zusammenarbeit wird seit 1995 durch die Euregio mit zahlreichen

konkreten Umsetzungsmaßnahmen mit Leben erfüllt.

Wissenschaft und Forschung

Nach der jetzt unterzeichneten gemeinsamen Erklärung soll es im Wissenschafts- und Forschungsbereich eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Salzburger Universität und entsprechenden Einrichtungen und Unternehmen in Bayern geben.

Ebenso wird die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Bildungsabschlüsse als Voraussetzung der Aufnahme eines Studiums an den Fachhochschulen in Rosenheim und Salzburg sowie die gegenseitige Anerkennung der Pädagogischen Ausbildung angestrebt.

Praktikumsplätze verstärkt nutzen

Die bereits bestehende Kooperation der Salzburger Fachhochschule mit grenznahen bayerischen Unternehmen soll über die Euregio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein ausgebaut werden. Geplant ist, dass Schüler der Salzburger Höheren Technischen Lehranstalt in Bayern verstärkt Praktikumsplätze nutzen können.

Bereich Wirtschaft

Ein wichtiger Bestandteil der gemeinsamen Erklärung ist die Fortsetzung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Als Grundlage für die gegenseitige Abstimmung von Einzelhandels-

großprojekten erstellen die Euregio, die Wirtschaftskammer Salzburg und das Land Salzburg derzeit gemeinsam eine Studie über die Kunden- und Handelsströme im Grenzraum Bayern und Salzburg. Beim Standortmarketing sollen auch entfernte Märkte wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten und Kanada zukünftig gemeinsam aktiv beworben werden.

Projekt Logistikbrücken

Über die Euregio läuft auch das Projekt Logistikbrücken Bayern-Salzburg des Logistikzentrums Prien und des Flachgauer Innovations- und Technologiezentrum für Logistik. So sollen nennenswerte Einsparungspotenziale in der Transportwirtschaft durch Kooperation unter Mitbewerbern sowie die Verlagerung des LKW-Verkehrs auf die Schiene durch Schaffung von entsprechenden Güterterminals samt Infrastruktur erschlossen werden.

„Magistrale für Europa“

Als dringend werden die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur und die Einbettung in europaweite Verkehrsnetze angesehen. Oberstes Ziel dabei ist die Verwirklichung der Hochleistungsbahnstrecke „Magistrale für Europa“ von Paris nach Budapest über Salzburg. Der Startschuss fiel be-

reits am 5. Dezember 2003 mit der Aufnahme als Strecke der Transeuropäischen Netze (TEN). Somit erfolgen bis zu 50 Prozent der Planungs- und bis zu 20 Prozent der Baufinanzierung durch die Europäische Union. Die Magistrale steht bei der EU auf der „Quick-Start-Liste“ der besonders vorrangigen Vorhaben.

Mehr Salzachbrücken

Zusätzliche Salzachbrücken sollen in Zukunft Bayern und Salzburg verbinden. Bereits eingeleitet ist das Raumordnungsverfahren für eine Brücke im Raum Fridolfing/Tittmoning. Offen ist noch ein Brückenneubau im Gebiet zwischen Laufen und der Stadt Salzburg.

Bereich Gesundheit

Auch im Bereich Gesundheit wird für die Grenzregionen Bayerns und Salzburgs eine bessere Kooperation angestrebt. So ist es derzeit gang und gäbe, dass sich bayerische Patienten in Salzburger Kliniken behandeln lassen, während umgekehrt Patienten aus Salzburg nur in sehr begrenztem Umfang Gesundheitsleistungen in Bayern in Anspruch nehmen können, weil ihre Krankenversicherung dafür nur in besonderen Fällen zahlt. Salzburgs Landeshauptmann Schausberger will sich nun in Wien für eine Lösung des Problems einsetzen.

Damit die Belange des Landkreises Traunstein zwischen den Wachstumsregionen München und Salzburg berücksichtigt werden, bat Landrat Hermann Steinmaßl um die weitere Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung. Oberbayern verändere sein Gesicht und seine Struktur in immer kürzeren Zeitabständen. Das gelte nicht nur für den Münchner Raum, sondern für das gesamte östliche Oberbayern bis zur Staatsgrenze. Landrat Steinmaßl: „Auch der Wegfall der Grenzen zu Österreich und die EU-Osterweiterung sowie die zunehmende Mobilität der dortigen Bevölkerung tragen zu den raschen Veränderungen unseres Raumes bei.“

Unterstützung der Staatsregierung vonnöten

Durch die EU-Osterweiterung erhielten der Landkreis Traunstein und die Region 18 eine besondere Bedeutung zwischen den Verflechtungsbereichen München und Salzburg. Steinmaßl: „Ich sehe für unsere Region die große Chance, für Bayern, Deutschland, das sogenannte alte Europa und insbesondere auch die USA eine Brückenkopffunktion zu den neuen EU-Ländern einzunehmen. Dazu brauchen wir aber unbedingt in vielen Bereichen die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung.“

DK

Vorschau auf GZ 6

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 6, die am 18. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Kommunalfinanzen
- ◀ Wasser · Abwasser
- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Kommunalmarketing
- ◀ Brand- und Katastrophenschutz
- ◀ Sicherheitstechnik